

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus halbjährlich 60 Mark. Einzelverkaufspreis 5 Mark.
Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeitzeile oder deren Raum 16 Mark für Verfassungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Mark, für Reklamen 30 Mark. Beilagengebühr für 1000 Stück 250 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 238.

Mittwoch, 11. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

Die Internationale des Profits.

Dr. L. Lübeck, 11. Oktober.

Das von Rathenau abgeschlossene Wiesbadener Abkommen mit seinen Ergänzungen, dem Gilette- und dem Bemelmansvertrag, fand seiner Zeit in den Kreisen der Hochfinanz und der Großindustrie allerhöchste Gegnerschaft. Bekanntlich war das Hauptziel des Rathenauschen Plans eine möglichst weitgehende Abwandlung der uns laut Friedensvertrag auferlegten Bar-, d. h. Devisenverpflichtungen in Sachlieferungen. Diese Lieferungen sollten zwar nicht vom deutschen Staate unmittelbar vorgenommen werden, aber auch nicht im freien Wettbewerb des profitliebenden Kapitals. Es sollten vielmehr beiderseits große Lieferungsverbände gebildet werden; in Deutschland unter Mitwirkung der Gewerkschaften und unter Kontrolle des Reiches. Eine solche Regelung war den Herren Kapitalisten naturgemäß unangenehm; ließen sie doch zu sehr die mit allen Profiterschleimungsmaßnahmen gepaarte Ellenbogenfreiheit nach allen Seiten. Die ganze kapitalistische Presse setzte sich deshalb mit großem Jubelgeschrei in Bewegung gegen Wiesbaden und Rathenau.

Unterdessen hat sich nun manches geändert. Stinnes hat die Pläne Rathenaus aufgegriffen; er hat ein ähnliches Abkommen wie das von Wiesbaden zustande gebracht. Mit dem nicht unerheblichen Unterschiede allerdings, daß seine Verhandlungspartner nicht Vertreter der verschiedenen Ententemächte waren, sondern ein französischer Großkapitalist namens Luberjac mit Loucheur im Hintergrund. Mit dem Unterschied ferner, daß die Gewerkschaften ohne jedes Mitberatungsrecht bleiben und daß das Reich diesmal nichts dreinzureden hat. Das Stinnes-Luberjac-Abkommen unterscheidet sich von dem Rathenaus dadurch, daß bei ihm das Vaterland nicht Deutschland heißt, sondern Profit! Und siehe da! Jetzt fühlte sich die kapitalistische Presse wieder in ihrem Element; in allen Tomaten der Freude jault sie ihrem Profitgötzen zu.

Stinnes ruhm sie die Konkurrenz des Allmächtigen nicht mehr ruhig schlafen. Alle möglichen Konzerne und Trustbildungen strecken ihre heutzutageigen Hände auch nach dem Kuchen des Profits, der bei dem „Wiederaufbau“ gebrochen wird. Kommerzienrat Lehner mit der hinter ihm stehenden Gruppe von Baunehenindustriellen und mit dem ihm verschwiegenen von Siemenskonzern war der erste, der einen Riesenvertrag mit französischen Firmenverbänden in die Tasche stecken konnte. Ihm folgte eine Reihe anderer, und schließlich machte auch der Sichelkonzern sein Geschäft.

Der Sichelkonzern aber ist kein deutsches Unternehmen wie die vorher genannten. An ihn sind neben französischen hauptsächlich Kapitalien aus den sogenannten Neutralstaaten beteiligt. In deutschen Händen ist außer einer Kapitalminderheit lediglich die äußere Leitung des Riesentrustes. Hat also die internationale Verschmelzung und Verbrüderung des Kapitals liebevoll dafür gesorgt, daß der Schwanz der deutschen Arbeiter auch den ausländischen „Geldbrüdern“ zugute kommt. Im gewöhnlichen Leben nennt man das eine großzügige Verteilung des Raubes; aber: eine Hand wäscht die andere.

Mit diesen großzügigen Plänen ist aber der Macht Hunger der großen und kleinen Stinnes noch nicht befriedigt. Wenn die vorliegenden Nachrichten nur zu einem kleinen Teil auf Wahrheit beruhen, und es ist kaum daran zu zweifeln, so ist eine „Schlebung“ allergrößten Stiles im Werke. Herr Stinnes hat mit leitenden Kreisen der französischen Schwerindustrie, besonders mit der de-Wendel-Gruppe, Verhandlungen eingeleitet, zum Zwecke einer großzügigen und weitestgehenden deutsch-französischen Interessengemeinschaft. Ruhrgebiet und Lothringener Erzbecken sollen zu einer großen Eisenindustrie einseitig zusammengefaßt werden. Das Ruhrgebiet soll nach Lothringen Koks liefern; Lothringen dafür Roheisen und Halbabrikate nach dem Ruhrgebiet. Ein großzügiger Arbeitsteilungsprozeß, wie er der englischen Manchesterlehre seit einem Jahrhundert verschwieben. Vorursprung allerdings ist die Stilllegung einer Reihe von Hochöfen und Hütten in Rheinland-Westfalen und der Kokereien in Lothringen.

Gelingt dieser Plan, so wird die Eisenindustrie des gesamten europäischen Festlandes der unumschränkten Gewalt weniger

Großherren des Kapitals ausgeliefert. Die Beherrschung der sogenannten Ausgangsindustrien — Kokerei und Verhüttung — schließt eine weitgehenden Kontrolle anderer Industriezweige in sich. Fast alle Zwischenfabrikationen und Schlüsselindustrien sind von Rohmaterialien dieser Ausgangsindustrie abhängig.

Jetzt schon beherrscht Stinnes große Teile des deutschen Produktionsprozesses. Zechen, Hütten, Gießereien, Maschinenfabriken, Werften, Bauunternehmungen, Verkehrsgeellschaften, selbst Zeitungen, sind in seiner Hand. Sein großartiger deutsch-französischer Verträglichkeitsplan würde ihm gestatten, einen völligen Ring um die deutsche Wirtschaft zu legen. Und dieser Ring soll dann seinen Machtbereich nach dem Willen seines Herrn über die deutschen Grenzen ausdehnen — über das ganze europäische Festland. Das Kraftzentrum Rheinland-Westfalen-Lothringen soll in diesem Riesenring den Mittelpunkt bilden; ringsum nach allen Seiten aber werden sich die Fäden des neuorganisierten „Hochkapitalismus“ (spinnen — bis nach Rußland.

Der marxistisch denkende Beobachter wird über diese Entwicklung weder Freude noch Schmerz empfinden; er wird einfach feststellen, daß der Kapitalismus im Gange seiner geschichtsökonomischen Entwicklung auf eine neue Stufe emporzusteigen im Begriffe ist. Und zwar auf die Stufe der „Massenkonzentration des Kapitals“, wie Marx sie vorausschauend benannt hat. Jede neue Stufe, die der Kapitalismus erklettert, bedeutet aber gleichzeitig eine bessere Ausnützung der angewandten Kräfte, und einen Schritt näher dem Sozialismus.

Aber auch Gefahren folgen im Rieswasser der Erschütterungen und Umwälzungen bei Beginn und Ausdehnen neuer kapitalistischer Organisationsformen. Die internationale Verknüpfung wird nach einer Reihe von Jahren die ganze Weltausbeutung an einige wenige Riesentruste verteilen. Erbitterte Konkurrenz werden diese sich dann sein. Der genannte deutsch-französische z. B. wird mit dem englischen zusammenstoßen usw. Und bald werden diese Truste ihre Länder wieder zu allerlei Kriegszügen aufheben wollen. Das ist die eine Gefahr.

Die andere liegt dem arbeitenden Volke noch näher. Die ständige Begleiterscheinung aller kapitalistischen Umwälzungen ist ein wilder Taumel des Profits, der rücksichtslosen Ausbeutung des Proletariats.

Die Vertretung der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, hat aus dieser ökonomischen Entwicklung allerlei Erkenntnisse zu ziehen. Die Entwicklung selbst kann sie nicht hindern; zwangsläufig drängt das Kapital zu zusammengeballter Macht. Aber die genannten drohenden Gefahren für die Völker, für das Proletariat, müssen in den ersten Anfängen schon rücksichtslos bekämpft werden.

Dazu braucht die Arbeiterschaft aber vor allem eins: die politische Macht. Um die zügellose Ausbeutung unmöglich zu machen! Um jede Kriegsgehe im Keime zu ersticken! Neben dem wirtschaftlichen Kampf um die Schätze der Welt wird ein politischer um die Herrschaft der Welt ausgefochten werden. In diesem politischen Kampf wird das Proletariat liegen — auch das ist zwangsläufige Entwicklung. Dieser Sieg wird ihm die Möglichkeit geben, die Erscheinungsform des wirtschaftlichen Kampfes nicht allzu fürchterlich werden zu lassen. Und gleichzeitig die Kraft, den neuerstehenden Hochkapitalismus, wenn seine Zeit gekommen ist, in den Sozialismus überzuleiten.

Das Proletariat kann also dem gewaltigen Zusammenschlußprozeß des Kapitals mit Ruhe entgegensehen. Alles wird ihm schließlich zum guten ausschlagen, wenn es kühl und entschlossen den von Karl Marx vorgezeichneten Weg geht, dem Sozialismus entgegen.

Aber einer anderen Gesellschaftsklasse wird die ganze Entwicklung zum Verhängnis werden. Der Mittelstand wird noch weiter vernichtet werden. Die ganze Kleinindustrie, die schon jetzt nur noch ein „Konjunkturdasein“ führt, wird verschwinden in dem Riesenrauschen des Malochs Großkapital. Das kleine Bürgertum geht noch grauenvolleren Zeiten entgegen — wenn es nicht umkern und bewußt in die Reihen des Proletariats eintritt.

bisher gegen Lloyd George geführt worden ist. Die Arbeiterpartei fordert nunmehr endgültig den Rücktritt des Ministerpräsidenten und Neuwahlen. Es ist bezeichnend, wenn ein großer Teil der bürgerlichen Presse in diesen Ruf miteinstimmt. Auch hier machen sich Widerstände von einer Heftigkeit geltend, die alle bisher gegen Lloyd George geführten Kampagnen weit in den Schatten stellen. Ohne Frage meinen es die Kreise, die den Kampf führen, mit ihren Forderungen ernst. Aber Lloyd George müßte nicht der geschickte Taktiker sein, der er ist, wenn er nicht diesen Faustschläge zu begegnen wüßte. Das Kabinett Lloyd Georges hat bereits viele ernste Krisen hinter sich. Die Verklammerung in der Orientfrage rührt nicht von heute oder gestern her. Früher wurde diese Verklammerung sogar durch die überaus verzwickte Lage in Irland verstärkt. Den Kampf um eine Beilegung des Zwistes in Irland, das muß man dem englischen Ministerpräsidenten

lassen, hat er ehrenvoll und großzügig durchgeführt. In der kleinsten Frage folgt er aber einem weniger guten Stern. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn er auch hier von vornherein alles auf die Friedenskarte gelegt hätte. Da das einmal veräußert wurde, war es schwer, den Fehler wieder gut zu machen. Obgleich sich ja Lloyd George im allgemeinen nicht übermäßig viel um Prestigefragen kümmert, war es für ihn doch schwer, das Ansehen Englands in Europa aufrechtzuerhalten, nachdem ihm der ehemalige Verbündete, Frankreich, auf das perfideste in den Rücken gefallen war. Wenn Lloyd George sich nach dem Zusammenbruch Griechenlands mit einem sehr pompösen Mahnruf an die englischen Kolonien wandte mit einem Mahnruf, der durchaus an die Posamentöne des Jahres 1914 erinnerte, so war das allerdings ein taktischer Schachzug, bei dem man sich wundern darf, daß Lloyd George keine möglichen Folgen nicht vorausahnt. Es ist möglich, daß es dem Taktiker Lloyd George auch diesmal gelingen wird, die stürmischen Wasser zu befeuchten. Es ist möglich, daß er, wie er es schon einmal getan hat, die Krise vorzeitig an die Oberfläche zerrt, um unvermutet aller Welt seine Unentbehrlichkeit darzutun; aber man kann heute doch schon sagen, daß die Glanzzeit für Lloyd George vorüber ist, man kann es verstehen, wenn England heute nach einem Mann ruft, dessen Politik, mag sie auch weniger sprühend und salzierend sein, einen geraderen Weg geht, ohne die Welt dauernd in Atem zu halten.

Beginn der Räumung Thraziens.

London, 10. Oktober.

Aus Athen meldet die „Daily Mail“: Ein Komitee von thrazischen Deputierten verließ Athen, um die Räumung Thraziens durch die griechische Zivilbevölkerung und deren Verteilung auf die verschiedenen Distrikte von Griechenland zu überwachen. Es handelt sich um 230 000 bis 280 000 Bewohner, sowie 150 000 Flüchtlinge, die kürzlich aus Klein-Asien eintrafen.

Die Freilassung der türkischen Kriegsgefangenen.

Konstantinopel, 10. Okt.

Die alliierten Generäle in Mubania haben mit Ismid Pascha ein Abkommen getroffen, um von den Griechen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes die sofortige Freilassung der türkischen Kriegsgefangenen zu fordern. Wenn die Griechen darauf eingehen sollten, würden die Türken auch die griechischen Kriegsgefangenen sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes freilassen.

Die Befolgungsvorlage vom Kabinett angenommen.

Berlin, 10. Oktober.

In der heutigen Kabinettsitzung wurde die vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Befolgungsvorlage beraten und angenommen. In der Vorlage sind die bisherigen Steuerzulagen in die Grundgehälter und Ortszuschläge eingebaut.

Erhöhung der Umsatzsteuer?

Berlin, 10. Oktober.

Dem Reichsrat liegt, wie wir hören, ein Entwurf der Reichsregierung auf Aenderung des Landessteuergesetzes vor, dessen Artikel 7 eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 3½ Prozent vorsieht. Die Durchführung zum 1. Januar 1923 hängt von der Entscheidung des Reichsrates und des Reichstags ab.

Neuer Zwischenfall in Oberkassel.

Düsseldorf, 9. Oktober.

In Oberkassel bei Düsseldorf, das von den Belgieren besetzt ist und wo neulich ein belgischer Sergeant einen belgischen Posten und sich dann selbst erschossen hatte, ist es in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zu einem Zusammenstoß zwischen deutschen Zivilisten und belgischen Soldaten gekommen, wobei ein deutscher Zivilist lebensgefährlich verletzt wurde.

Der Rathenaumord vor dem Staatsgerichtshof.

Siebenter Verhandlungstag.

Zu der heutigen Verhandlung ist der Koffer der Mörder

zur Stelle, den Niemann bekanntlich aufbewahrt haben soll. Nach Eröffnung der Verhandlung wurde in der Beweisaufnahme fortgesetzt und zunächst die Krankenschwester, Fräulein Kaiser aus Charlottenburg, vernommen, die dem tödlich verletzten Minister nach dem Abtast die erste Hilfe leistete. Die Zeugin bekundet, daß sie auf einer Bank an der Ecke Königsallee und Erdenerstraße sitzend, sowohl das Auto Rathenaus wie das der Mörder am fraglichen Tage habe herankommen sehen. „Blühlich“ so erzählt sie weiter, „stand in dem zweiten Auto ein großer Herr auf, griff zu einer Pistole mit einem langen Schaft und

Orientkrise und Lloyd George.

Die englische Arbeiterpartei greift ein.

SPD. Es wäre verfrüht zu sagen, daß die Krise in Kleinasien überwunden ist. Aber es zeichnen sich doch schon gewisse Linien ab, die auf eine friedliche Lösung des Zwischenfalls hindeuten. Das gefährlichste Moment war die Haltung Griechenlands, das, wenn es militärisch auch nicht mehr zu fürchten ist, doch durch seine renitente Haltung in Ost-Thrazien den türkischen Einmarsch provozieren und so das Pulverfaß zur Explosion bringen konnte. Gibt Griechenland wirklich den Widerstand gegen eine Räumung Thraziens auf, so ist anzunehmen, daß man in Mubania zu einem vorläufigen Einvernehmen gelangen dürfte.

Während sich also in Kleinasien das Wetter in etwas aufgeklärt hat, bewölkt sich in England nachträglich der Himmel. Die englische Arbeiterpartei hat anschließend an die Orientkrise einen außerordentlich heftigen Feldzug gegen Lloyd George unternommen, man darf wohl sagen, den heftigsten, der

Dollar 2700.

zielt, als wenn er in die Gärten an der Königsallee schießen wollte. Im nächsten Moment hörte man das Tack-tack-tack mehrerer Schüsse und das zweite Auto schoß mit Schnelligkeit in die Wallstraße. Ich sah dann das erste Auto noch ein Stückchen weiterfahren, plötzlich gab es einen großen Knall und eine Rauchwolke, jedoch ich dachte, der Wagen explodierte. Ich lief schnell hinzu und fand im Auto einen Herrn liegen, während die Polizeiregung brante. Ich trat das Feuer aus und kühlte den Herrn, der anscheinend schwer verletzt war und stark blutete, aber doch noch Lebenszeichen von sich gab. Er sah mich mit großen starren Augen an, gab aber auf meine Frage, was denn passiert sei, keine Antwort, da er wohl bewußlos war. Der Chauffeur drehte den Wagen dann schleunigt um und wir fuhren zur Wohnung des Ministers zurück. Kurz vor Hundebefehle ist er dann aber bereits im Wagen gestorben.

Dann wurde der Chauffeur Projeller vernommen, der den Wagen Rathenaus am fraglichen Tage gesteuert hat. Er gibt an, daß insgesamt acht bis neun Schüsse gefallen sind. Die letzten Schüsse seien von vorn abgegeben worden, die ersten von halbrechts, auch vielleicht von hinten. Als er merkte, daß der Minister noch Lebenszeichen von sich gab, gab er den Gedanken, die Mörder zu verfolgen, auf und fuhr mit der Krankenstühle Herr Kaiser zur Wohnung des Ministers zurück. Unterwegs rief ihm dann die Dame zu: Der Minister ist gestorben. — Beifitzer Müller: Stand Ihr Wagen auf der Straße oder auf dem Hof der Villa? — Zeuge: Ich habe stets auf der Straße gehalten. — Beifitzer Müller: Konnte Ihr Auto beobachtet werden, ob es nach vor der Villa stand? — Zeuge: Jawohl. — Der Angeklagte Ernst Werner Tschow gibt dann auf Befragen an, daß er den Wagen Rathenaus am dem fraglichen Tage vor dem Hause nicht gesehen habe.

Der nächste Zeuge ist der Chauffeur Albert Buchna aus Kreuzberg i. S., der Wagenführer Küchenmeisters, dessen Sohn Johannes Küchenmeister bekanntlich Mithing ist. Der Zeuge hat eine verdächtige Aeußerung Ernst Werner Tschows gehört, als dieser mit Küchenmeister in Dresden zusammentraf. Tschow sagte zu Küchenmeister, daß das Auto maskiert werden müßte. Als er merkte, daß Buchna diese Aeußerung gehört hatte, sagte er: „Ja, so macht man es doch, wenn man ein Auto steuert.“ Später in einem Lokal will Buchna wiederholt die Worte gehört haben: „Das bekommt man im nächsten Waffenladen.“ Was damit gemeint war, weiß er nicht. Auch später, als Tschow sich mit Brandt unterhielt, hat Buchna dieselbe Aeußerung gehört. Tschow will sich dagegen auf derartige Worte absolut nicht mehr entsinnen. — Vorl.: Und die Bemerkung über den Waffenladen? — Tschow: Ich bin tatsächlich nachher in verschiedenen Läden Dresdens gewesen und habe mir Karten zur Fahrt nach Berlin gekauft. Von einer Bemerkung über einen Waffenladen weiß ich nichts. Der Zeuge bleibt jedoch bei seinen Aussagen.

Mit besonderer Spannung der Zuhörer wurde dann der 18-jährige Primaner Sibenrausch, Sohn des Generals Sibenrausch aus Steglitz, vernommen. Vorl.: Sie sind der Urheber eines Mordplanes gegen Minister Rathenau? — Zeuge: Ich warde als solcher hingestellt, tatsächlich bin ich es nicht. — Vorl.: Sie gehören zum Bund der Aufrechten? Was ist das für eine Vereinigung? — Zeuge: In dem Bunde der Aufrechten sind alle die vereinigt, die die Erinnerungen der guten alten Zeiten Deutschlands hochhalten. — Vorl.: Werden in diesem Bunde antisemitische Vorurteile gehalten? — Zeuge: Soweit ich weiß, nicht. — Vorl.: Sie haben Rathenau für einen Schädling am deutschen Volke gehalten? — Zeuge: Jawohl. — Vorl.: Sie sind Antisemit? — Zeuge: Ich habe gegen den einzelnen Juden nichts, aber ich möchte sie nicht in der Regierung zu sehen. — Vorl.: Haben Sie einmal zu Günther gesagt, der Minister müßte ermordet werden? — Zeuge: Ich sagte, er müßte aus der Regierung beiseite werden, wenn nicht anders, so durch Mord. Ich war allerdings der Meinung, daß im Falle eines Mordes der Täter sich den Gerichten stellen oder sich selbst richten müsse. Von einem bestimmten Mordplan kann keine Rede sein. Damals, als der Rapallo-Bertrag, über den ich sehr empört war, abgeschlossen wurde, äußerte ich einmal: Wenn ich einen Revolver hätte, würde ich den Rathenau erschließen.“ — Vorl.: Sie haben auch den Plan geäußert, Rathenau im Hause des Kommerzienrats Mammadoh zu ermorden? — Zeuge: Das war Günthers Ansicht. — Vorl.: Sie haben Günther um Ueberlassung eines Revolvers gebeten? — Zeuge: Aber nicht etwa zu einem Mord. — Vorl.: Hatten Sie Ihre Eltern vor dem Verlehrs mit Günther gewarnt? — Zeuge: Ja. — Vorl.: Hat Günther mit Ihnen über die Einrichtungen der Organisation C gesprochen? — Zeuge: Jawohl. Er schilderte als ihre Hauptaufgabe die Verteidigung von Reinerungsanstalten.

Die nach Aufassung der Organisation C sich ihrer Aufgabe unwürdig zeigte. Günther erzählte mir, daß Mitglieder, bevor ihnen solche Aufträge anvertraut würden, eine zweijährige Probezeit durchmachen müßten und daß sie zu der Zeit durch das Los ausgewählt würden. — Vorl.: Sie haben dann einen Brief an die Organisation C nach München geschrieben, in dem sie um eine Waffe baten. Was stand sonst noch in diesem Briefe? — Zeuge: Ich fragte, ob die Organisation bei der eventuellen Ausführung meiner Pläne mir Hilfe leisten würde. — Vorl.: Sie haben schon früher behauptet, daß sie der Organisation C ihren Plan im einzelnen nicht enthüllten, sondern diese Aufgabe Günther überlassen hätten. — Zeuge: Jawohl, denn Günther lagte mir, er legte die Herren von der Organisation C genau und würde alles andere veranlassen. — Vorl.: Sie ka-

ben dann auf Ersuchen Günthers im Kaiserhof in Steglitz mit Kern und Fischer gesprochen. Was sagten denn diese? — Zeuge: Der eine Herr rief mir sofort von meinem Plan ab. — Vorl.: Kern und Fischer haben aber doch zu Ihnen gesagt: „Sie würden zu kleineren Aufgaben verwendet werden.“ — Zeuge: Das ist richtig. — Vorl.: Hat Ihnen Günther auch erzählt, daß die Organisation C bei Ausführung bestimmter Unternehmungen ihre Mitglieder mit Geld und Waffen ausrüstete? — Zeuge: Jawohl. — Beifitzer Hartmann: Sie gehörten dem Bund der Aufrechten an. Waren in diesem Bunde auch Schüler zugelassen? — Zeuge: Jawohl. — Beifitzer Fehrenbach: Sie sind nach der Ermordung des Ministers unbefähigt am Steglitzer Gymnasium geblieben, obwohl der Schule doch bekannt sein mußte, welche Rolle Sie in der Affäre gespielt haben? Ich stelle diese Frage deshalb, weil es bezeichnend ist für die Zustände an manchen Schulen, die geradezu gemeingefährlich für Deutschland zu werden drohen. — Zeuge: Da das gegen mich eingeleitete Verfahren seine Friedigung gefunden hat, dürfte ich an der Anstalt bleiben. — Beifitzer Carter: Haben Sie, Angeklagter Günther, den Plan Staubertraus für durchführbar gehalten? — Günther: Jawohl. — R.-M. Bloch: Sind Sie aus eigenem Antrieb Mitglied des Bundes der Aufrechten geworden? — Zeuge: Nein, nur meine Eltern.

Als nächster Zeuge wird dann Kriminalkommissar Seinemeyer vernommen, der bei Schütt und Diestel nach dem Mordauto geforscht hat. Er bekundet, daß sowohl Schütt wie Diestel ihm verschwiegen haben, daß der Küchenmeisterische Wagen zu der Tat benutzt wurde.

Hierauf wurde eine kurze Pause eingelegt. Das Gericht schreite dann zur Vernehmung des Werkmeisters Lischke, der bei Schütt und Diestel beschäftigt ist. Lischke hat vor wie nach der Tat mit Tschow gesprochen, will ihm jedoch weder etwas von einer Vorbereitung noch einer Durchführung der Tat angedeutet haben.

Die nächste Zeugin, Frau Hedwig Bürkel, wohnt im Schützischen Hause. Sie äußert u. a., daß Diestel ihr erzählt hat, Tschow habe nach seiner Rückkehr an dem fraglichen Sonnabend geäußert: „Wir haben Rathenau erschossen und müssen das Auto bei ihnen unterstellen, wenn Sie etwas verraten, werden sie erschossen.“ Ueber die Beiseiteführung der Mordwaffen verwickelt sich die Zeugin in Widersprüche. Oberreichsanwalt (zu Diestel): „Hat Tschow Ihnen tatsächlich etwas Deutliches gesagt?“ Diestel: „Nein, Kern hat vor der Abfahrt eine ähnliche Aeußerung zu Schütt getan.“ Die Verteidigung der Zeugin wird auf Grund ihrer Widersprüche ausgeschlossen.

Der nächste Zeuge ist der Kaufmann Erich Bade aus Schwerin. Gauleiter der deutschvölkischen Ortsgruppe. Vorl.: „Hat Kern bei seinem Besuch am 28. Juni in Schwerin Ihnen gesagt, die Regierung müsse durch eine rechtsgerichtete Regierung ersetzt werden?“ Zeuge: „Jawohl.“ Der Zeuge bekundet dann, daß er ein Flugblatt herausgegeben hat, als Rathenau zum erstenmal Minister wurde, und daß er darin nachzuweisen versuchte, daß Rathenau für das Deutschtum schädlich ist. Vorl.: „Ist bei Ihnen von einer Gewalttat gesprochen worden?“ Zeuge: „Nein, Kern und Fischer haben bei mir nur einen braunen Rohrstutzen zurückgelassen. Kern äußerte, er käme demnächst wieder zurück und würde ihn dann abholen. Am Sonntagabend, spätestens aber Montag früh, habe ich dann diesen Rohrstutzen vernichtet. Ich muß annehmen, daß Kern und Fischer die Täter waren, habe ich mit Niesmann gesprochen, der mir erzählte, daß er ihnen die Maschinenpistole gegeben habe. Er war hierüber sehr bedrückt. Auch die Verteidigung des Zeugen Bade wird ausgeschlossen.“

Hierauf wird der Chef der Landes kriminalpolizei Mecklenburg, Regierungsrat Wiggers vernommen, der dem Gericht den Koffer vorlegt. Der Zeuge erklärt, daß dieser Koffer am 29. Juni auf dem Bahnhof Rostock von unbekanntem Leuten hinterlegt worden ist, dort 3 Monate lagerte und später durch das Bahn-Büro geöffnet wurde. Bade äußert dann auf Befragen, daß es nicht der richtige Koffer sei. Auch Tschow bestreitet die Richtigkeit des Koffers. Im Anschluß daran kommt es zu einer kleinen

Sensation.

Der Verteidiger Niesmanns erklärt plötzlich, daß er in der Lage sei, den richtigen Koffer herbeizuschaffen. Er habe ihn bereits im Bureau des Staatsgerichtshofes abgegeben. Niesmann erklärt dann, daß der Koffer mit seinem Wissen herbeigeschafft wurde, daß ihm jedoch bisher unbekannt war, wo der Koffer sich befand. Vorl.: Sie haben ihn also einer dritten Person in die Hand gegeben? — Niesmann: „Jawohl.“ Vorl.: Also haben Sie doch über den Koffer verfügt? — Niesmann: „Aber nicht direkt.“ — Sodann muß sich der Zeuge Funk-Rostock weiter über die Befreiung der Koffer äußern. Auch er verweigert zunächst jede Aussage, wird jedoch vom Gericht darauf hingewiesen, daß es Mittel gebe, ihn zu einer Aussage zu zwingen. Funk hat zur Zeit der Ermordung Rathenaus bei Niesmann übernachtet. Er erzählt, daß Niesmann bis zum 23. von der Ermordung nichts gemerkt habe. Erst am Morgen des genannten Tages kehrte er aus dem Badezimmer zurück, und dort sei etwas Erschütterndes passiert. Dort sei Niesmann wie eine Bildsäule erstarrt und habe vor Aufregung das Redewort fallen lassen. Ueber die Tatsache selbst verweigert der Zeuge abermals die Aussage. Vorl.: Sie müssen aber endlich das Ereignis näher schildern. — Oberreichsanwalt: „Auch ich muß verlangen, daß der Zeuge aussagt.“ R.-M. Greving: „Ist es richtig, daß Niesmann nach dem Ereignis, über das Sie schweigen wollen, gesagt hat: „Derrgott, das ist ja die Maschinenpistole, die ich Kern gegeben habe!“

Vorl.: „Aber woher hat denn Niesmann plötzlich die Kenntnis gehabt, daß seine Maschinenpistole zur Tat benutzt worden ist?“ — „Sie müssen jetzt endlich mit der Wahrheit herauströmen.“ — Angel. Niesmann: „Nachdem der Zeuge seine Aussage gemacht hat, möchte ich sie erneuern. Es kam am Sonntag, dem 25. Juni, eine Person in mein Schlafzimmer und machte mir Mitteilung, aus der ich entnehmen mußte, daß meine Maschinenpistole zum Mord benutzt worden war. Die Person fragte mich u. a. nach dem Koffer von Fischer und Kern. Ich fragte, daß der Koffer bei Bade stünde.“ Vorl.: Die unbekannte Person muß Ihnen doch noch weiter etwas gesagt haben? — Niesmann: „Die Person sagte mir, sie käme von Kern. (Stodend und nach längerem Zögern.) Sie machte eine Angabe, aus der ich entnehmen mußte, daß Kern der Mörder sei.“ Oberreichsanwalt (stark zu Funk): „Sie machen sich der Begünstigung schuldig, wenn Sie jetzt nicht weiter reden.“ Funk: „Ich habe Kern und Fischer wahrhaftig nicht begünstigt. Ich will aber erklären, daß die Person, die an dem Morgen bei uns war, sich nicht unter den Angeklagten befindet.“ Vorl. (zu Funke): „Es liegt also die Möglichkeit vor, daß Sie Ihre Hand dazu haken, die fremde Person zu Bade zu schaffen?“ — Funk: „Dafür verweigere ich jede Auskunft.“ Weis. Fehrenbach: „Der Angeklagte Niesmann hat selbst gesagt: Am Sonntag mußte ich, wer der Täter war und am Montag entfernte ich dann den Koffer.“ Das stimmt doch nicht mit seiner jetzigen Erklärung überein.“ Oberreichsanwalt: „So habe ich die Aeußerung auch festgehalten.“ Niesmann: „Ich habe mich nicht so geäußert.“ Weis. Fehrenbach: „Sie wußten also schon am Sonntag, wer der Täter war und wo der Koffer untergestellt war?“ Vorl.: „Das ist ein Mißverständnis.“

Hierauf trat eine längere Pause ein, da Warncke abermals unwohl geworden war. Während der Pause beschloß das Gericht, die Zeugen Bade, Funke und Frau Bürkel nicht zu verurteilen, da sie unter dem Verdacht einer Mitschuld stehen. Nach der Vernehmung des Bruders von Niesmann wurde dann zum Schluß der Sitzung der Gärtner Theodor

Brüdigam

vernommen. Vorl.: „Wer gab Ihnen die Adresse Lillesens?“ Zeuge: „Ein gewisser Meienberg, deutschvölkischer Agitator in Frankfurt a. M.“ Vorl.: „Hatten Sie damals einen Beruf?“ Zeuge: „Nein. Mich trieb zu Lillesen die Neugier.“ Vorl.: „Sie sollen zu Lillesen gesagt haben, daß die Regierung gestürzt und linksstehende Führer beiseite gelassen werden müßten, vor allen Dingen Rathenau?“ Zeuge: „Nein, Lillesen war mir gegenüber ungeneigt offen. Er sagte, sein Name sei ein Programm, und ich müsse wissen, was zu tun sei.“ Vorl.: „Was kriegten Sie aus Lillesen heraus?“ Zeuge: „Ich wollte ja aus Lillesen nichts herauskriegen. Er sprach von selbst, denn er nahm an, ich sei für seine Zwecke brauchbar.“ Vorl.: „Was wußten Sie denn von der O. C.“? Zeuge: „Lillesen sagte mir: „Kann ich Ihnen trauen?“ Ich antwortete: „Gewiß.“ Darauf sagte Lillesen: „Sie kennen doch die politische Lage, was tut man wohl?“ Und weiter meinte Lillesen: „Eine Veränderung der Verhältnisse sei nur zu erzwingen, daß man

die Arbeiter provoziert.

Ich sagte zu ihm: „Wie meinen Sie denn das?“ Darauf zeigte mir Lillesen ein Bild seines Bruders und sagte: „Das ist mein Brüderchen, der hat das Schwein Graberger gefüttert. Ich sinne mich genau dieses Ausdrucks, denn er wurde mir später dahin verdeutlicht, daß Kissen „Abstechen“ bedeute. Lillesen bekannte mir ferner, er gehöre zur Organisation C. Er machte mir ganz allgemein das Angebot, für die O. C. tätig zu sein. Ich sollte den Spiegel bei den Linksorganisationen markieren. Lillesen versprach mir, ich bekäme dafür 5000 Mk. Er gab mir den Auftrag, noch am selben Tage mit einem Herrn nach München zu fahren; das habe ich getan. In München wurde ich dem Kapitänleutnant Hoffmann vorgestellt. Hoffmann fragte mich über meine Person gar nicht, da ihm Lillesens Empfehlung offenbar genügte. Hoffmann gab mir ebenfalls den Auftrag, ich solle die Arbeiter provozieren, um einen Linksputsch heraufzubekommen. Das könne geschehen, wenn man z. B. Rathenau, Scheidemann oder Sellmuth v. Gerlach ermorden würde.“ Vorl.: Bestimmen Sie sich wirklich auf diese drei Namen? — Zeuge: Unbedingt, ich kann mich garnicht irren. Hoffmann erzählte mir noch, er wolle einen Generalstreik hervorzurufen, um dann die Militärdiktatur errichten zu können. Hoffmann gab mir 2-3000 Mk. Ich fuhr mit diesem Geld nach Frankfurt a. M. zurück und ging dort zu dem Redakteur der „Volkstimme“, Markwald. Ihm schilderte ich meine Erlebnisse bei Lillesen und Hoffmann. Markwald ging mit mir zum Polizeipräsidenten nach Frankfurt, dem ich alles erzählte. Der Polizeipräsident beauftragte mich, ich solle mehr zu erfahren suchen. Diese Spitzrolle übernahm ich. Ich ging dann wieder zu Lillesen, der mich mit einem Herrn nach Berlin schickte. In Berlin gingen wir in ein Restaurant in der Anhalterstraße, dort trafen wir andere Herren, deren Namen, wie bisher bei allen, auch nicht genannt wurde. Schließlich wurde ich gefragt, ob ich mit nach Kassel kommen wolle. Ich tat das und unterwegs im Zuge fragte mich der Unbekannte, ob ich wisse, wo Scheidemann wohne. Ich antwortete, daß man das ganz leicht erfahren könne. Den mit mir reisenden fremden Herrn über meine Person aufzuklären, hatte ich keine Veranlassung.

Da Warncke abermals Herzkrämpfe bekam, mußte die Sitzung auf Mittwoch früh vertagt werden. Zum Schluß gab Lillesen noch eine Erklärung ab und bezeichnete die Aussagen Brüdigams als erlogen. Brüdigam erklärte aber, daß seine Aussagen auf Wahrheit beruhen.

Rino.

Von Ludwig Thoma.

Feder Hierlinger, Kaiser. — Sophie Hierlinger, seine Frau. — Sopherl, die Tochter. — Andere Münchner. — Andere Münchnerinnen.

Hierlinger: Herrgottsgammerant — jaggera! I hab's ja jetzt gegi.
Frau Hierlinger: Was hast gegi?
Hierlinger: Mir eufem Schmarra hab i gegi... Das war ja a wahrs Unglück gwen, wenn i heut zu mein Veril ganga woa! Na! Weil's a so fada Sonntag is, muoß i mit da Famill in da Schindl umantand jebaga!
Frau Hierlinger: No muoß a bißel galant deßi jha an no lei! Soaß a so de ganz Woche im Kastrens und immer bi net um ins!
Hierlinger: Uain da Boß wer i mi an no um auf kinnern! Da hast recht!
Sopherl: Babbi, geh ma ins Rino! Da heß's, was gebt ward.
Hierlinger: Da werd jha was gebt wern!
Sopherl (Hör): Am ge-brö-wenen Härzen — Guchterndes Drama —
Hierlinger: Am ge-brö-wenen Härzen — des muoß i am... Ding... jha i bald gegi.
Frau Hierlinger: Geh, tua di net gar a so unger!
Hierlinger: ... Also, geh ma ein!
Hierlinger: Herrgottsgammerant — jaggera!
Dierzer: Ein!
Hierlinger: Ja, Ein! Jetzt laßt er san abirumpeln; Was glanz denn Sie? Eine jöhene Schmarra-Überbung!
Ein Münchner im Dunkel: Gar is vai werd se net erschöbern —
Hierlinger: Was werd net? Der redt denn da über-heupt? So a Jaggera!

Stimmer: H! Raha!
Hierlinger: So a Hundhamm, io a unappetitlich!
Der Münchner im Dunkel: Geh, tua di schleißa und jhaag, daß dein Gipsloß aus da Ratin anßi bringt, sonst weß's ma unwohl! Du austrieb's Rastajuchling!
Hierlinger: H! H! Ra...
Frau Hierlinger: Sei ruhig, Feder! Wis dich doch mit einem jöhene ordanären Gindel nicht ab...
Der Münchner im Dunkel: Jäh! Gindel! Sie muoß ea was joga, die jöherte Herbeduymma!
Frau Hierlinger: Wo is was Gemeins...!
Stimmer: H! Raha! Sehen!
(Die Familie Hierlinger jst jch. Ein Landjochajuchim wird abgeholt. Schwedische Wajertalle, dazu weiße Wajermelodien. Hierlinger jhaat sich immer wieder nach seinem Feinde um, der im Dunkel ist.)
Hierlinger: Der hat mi aufgewarnt, der unghobelle Lagg der!
Frau Hierlinger: Ich hätt dich, Feder! Du mußt dich beruhigen, Feder!
(Es wird hell. Hierlinger dreht sich wieder um und schaut drohend hin, der Feind jhaat drohend her, da zerfällt ein Lächeln des Gesicht eines jeben.)
Der Münchner: Jetzt is recht! Da Hierlinga!
Hierlinger: Da Gollhuba Hei!
Gollhuber: Hätt ma ins betwach hazi greht...
Hierlinger: Im Dunkel is geat mankeln, und was jch heßt das net jch...
Gollhuber: Na bei deins Jona Gemahlin muoß i mi jho no eigens einkühnigen...
Frau Hierlinger: Ja — Sie!
Gollhuber: Bitte heit wimmels — net wahr, gra Frau! Wühens jha, wis's gebt, wenn man he erand net kernt... Da gib's oß de jöhene Rastajuchling...
Frau Hierlinger: Ja — Sie!
Hierlinger (lacht): Da hast di jha a weng! Weis außa laß mit deim jaha jha, net jaha...
Stimmer: H! Raha!
(Es wird dunkel. Frau jhaat der Feind: Am gedrohenen Herzen.)

III.
Schrift: Die ehemals gefeierte Schönheit Theresia Benzoni merkt, daß der Funke der Leidenschaft in ihrem Gemahle erloschen ist...
Gollhuber (ruft vor): Kari!
Hierlinger: Was?
Gollhuber: Der dei a?
Hierlinger: Ja — ja —! Net aweni!
Stimmen: Raha! Was is denn das für eine Auffierung?
Andere Stimmen: De broatleischati Hausposcha!
Gollhuber: Wia haak i?
Stimmen: Siiiiiiii!
Schrift: Sie beschließt, noch einmal mit der Macht ihres Töne das Herz des geliebten Mannes zu rühren wie früher.
Bild: Eine Dame, mit aufgelösten Haaren, einem Doppelkinn und anderen sinnlichen Reizen, im Morgenrock, sitzt am Klavier, hebt und senkt mit schöner Rundung die Hände und streicht die Tasten.
Er steht am Fenster, mit dem Rücken gegen sie.
Die Töne wirken. Man sieht es an den Händen, die er auf den Rücken hält.
Die Töne wirken stärker. Die Hände vibrieren.
Er dreht sich um, sie schließt einen Blick auf ihn.
Er kommt einen Schritt näher, zwei Schritte, bleibt stehen. Sie klaviert weiter. Da kommt er ganz nahe und kniet neben ihr nieder.
Sie streicht ihm mit der Hand über die Haare.
Er schaut sie an, sie schaut ihn an.
Lange, innig, tief.
Schrift: Einen Augenblick ist Carlo Benzoni dem Zauber der einst so mächtig auf ihn eingewirkt hatte, verfallen. Schon aber steigt ein anderes Bild vor seinem gestirnten Auge auf — Grazella — und — — —
Bild: Er liegt noch auf den Knien vor ihr und blickt zu ihr auf. Da nehmen seine Augen etwas Starres an, dringen ins Leere. Aus dem Leeren drängt sich das Bild eines Frauens jimmets hervor.
(Schluß folgt.)

Reichspräsidentenwahl!

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wird der Vorschlag ernsthaft wiederholt, der nach Mitteilungen volksparteilicher Blätter auch von den Vertretern dieser Partei bei der Parteiführerbesprechung mit dem Vizekanzler vorgetragen worden ist: die Wahl des Reichspräsidenten zu verschieben und sie mit der Wahl des Reichstages, die normalerweise im Jahre 1924 zu erfolgen hätte, zu verbinden! Die Verfassung schreibt zwar vor, daß der Reichstag durch besonderes Gesetz den Wahltermin festzusetzen habe. Indessen, so konstruiert man bei der Volkspartei, habe der Reichstag seine Pflicht erfüllt und der Verfassung Genüge geleistet, wenn er überhaupt den Termin festsetze, auch wenn dieser noch auf zwei Jahre hinausgeschoben würde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht nicht mit Unrecht auf die Inkonsequenz aufmerksam, die darin liegt, daß früher die Deutsche Volkspartei die alsbaldige gesetzliche Wahl des Reichspräsidenten und die Beseitigung des bisherigen Provisionalismus verlangt habe und jetzt selbst eine Verschiebung der Wahl vorschläge. Indessen ist der Gedanke der Verschiebung schon von vornherein gescheitert, denn Reichspräsident Ebert besteht auf der Wahl. Und der „Demokratische Zeitungsdienst“ bemerkt dazu: „Herr Ebert hat bei seiner Stellungnahme die Verfassung für sich. Es ehrt den gegenwärtigen obersten Repräsentanten des Reiches, daß er die Verfassung bis ins kleinste hinein peinlich geschützt wissen will.“

Die genannte Korrespondenz untersucht die Möglichkeiten verschiedener Kandidaturen und kommt dabei zu dem Schluß: „Einer der markantesten Zeichen unserer Unentwickeltheit als politisches Volk ist es zweifellos, daß sich in der deutschen Republik die Monarchisten am meisten in den Kopf über die Wahl eines republikanischen Präsidenten zerbrochen haben. Es ist darum auch anzunehmen, daß es zu einer monarchistischen Kandidatur kommen wird. Freilich sind die Deutschnationalen in tödlicher Verlegenheit. Hindenburg kommt kaum noch in Betracht, Ludendorff hat sich durch seine gerichtlich erwiesenen Bemühungen um den Rapp-Putsch sowie durch seine Mitarbeit bei dem Northcliffe ziemlich unzulänglich gemacht. . . . Unter solchen Umständen steigern sich die Chancen für eine Wiederwahl des Herrn Ebert. Dieser hat bisher in taktvoller Weise jede Erwähnung darüber vermieden, ob er sich erneut um das Amt zu bewerben gedenkt. Man darf annehmen, daß er nicht gewillt wäre, eine reine Parteikandidatur zu übernehmen. Wenn aber eine Parteigruppierung an ihn herantreten würde, so ließe sich immerhin mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß er sich aufs neue zur Wahl stellt.“

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie dem Wahlkampf ruhig entgegengieht, gleich, ob da einer oder mehrere Gegenkandidaten auftauchen. Wichtig ist, daß das ganze Volk wie es die Verfassung vorschreibt, die oberste Spitze des Reiches selbst wählt und so die Möglichkeit hat, mit zu entscheiden über die Gestaltung der zukünftigen Reichspolitik. Die Sozialdemokratie wird am 3. Dezember wie immer ihre Pflicht tun.

Die Amtsblattreform.

SPD. Berlin, 10. Oktober.

Ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Republik bildet leider das Amtsblatt-Wesen. Auch im vierten Jahre nach der Revolution hat sich an den auf diesem Gebiete herrschenden Zuständen fast noch gar nichts geändert. Die königlichen Landräte unter Wilhelms Regime wählten zur Veröffentlichung ihrer Bekanntmachungen natürlich solche Blätter, die treue Anhänger der Monarchie waren, für die Demokratie aber bitter wenig Verständnis besaßen. Von diesen Bekanntmachungen lebten die Blätter zumeist und mußten dadurch natürlich in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Auftraggeber geraten und der monarchistischen Propaganda bewußt Vorschub leisten. Leider hat sich an diesem Zustand bis heute kaum etwas geändert. Auf der ersten Seite eines „politisch neutralen“ Kreisblattes stehen gewöhnlich die amtlichen Bekanntmachungen republikanischer Behörden, für die sehr viel Geld bezahlt werden muß, und im Anschluß daran folgen in der Regel — oft in sehr geschickt verpackter Form — die Angriffe auf die Republik und die Regierungen. Man muß wissen, daß die gesamte Landbevölkerung und die Bewohner von Landstädten fast ausschließlich diese Kreisblätter lesen — schon der amtlichen Bekanntmachungen wegen —, um zu ermessen, welche große Gefahr diese Blätter auf die Dauer für die Republik bilden können.

Wir wollen keinem Verleger Vorschriften darüber machen, was er in seinem Blatte schreiben läßt. Aber ist es nicht ein Widerspruch, daß die in ihrer großen Mehrheit monarchistischen Kreisblätter ein Privileg auf die amtlichen Bekanntmachungen der Republik haben? Aufhört die Beratung der preussischen Schöffe hat der Preussische Landtag eine Entschädigung angenommen, die von der Regierung verlangt, daß den gegen die republikanische Staatsform schreibenden Kreisblättern die amtlichen Bekanntmachungen entzogen werden. Der preussische Minister des Innern hat eine entsprechende Verfügung erlassen und von den Regierungen im Lande zugleich Vorschläge über die Erziehung neuer Kreisblätter erbeten. Ein Gesetz, das die Handhabung dazu gibt, ist angefündigt und dürfte noch in diesem Herbst verabschiedet werden.

Demokratischer Parteitag.

SPD. Elberfeld, 9. Oktbr. (Eig. Drahtber.)

Der vierte Reichsparteitag der Deutschen demokratischen Partei nahm am Sonntag in der Elberfelder Stadthalle mit einem Begrüßungsabend seinen Anfang. Die eigentlichen Verhandlungen wurden am Montag nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Abg. Petersen aufgenommen. Herzlich war sein Nachruf für Rathenau. Er klang aus in einem Gelächris, sein Werk fortzuführen und seines Genueser Votennisses, „Friede, Friede, Friede!“ zu gedenken.

Zu Vorsitzenden des Parteitages wurden gewählt: Senator Petersen, Professor Gerland, Frau Brümer und Brodhaus-Elberfeld. — Die Frage der Arbeitsgemeinschaft steht erst am Dienstag zur Debatte. Der Bericht des Parteitages über diese Frage ist äußerst diplomatisch gehalten. Die Demokratische Partei habe stets den Gedanken einer bürgerlichen Blockbildung und ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen abgelehnt, will aber die Volksteile, die der Deutschen Volkspartei nahesteht, zur Erhaltung des republikanischen Staates gewinnen. Die Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien wird als eine Stärkung der republikanischen Gedanken begrüßt. Nach dem Bericht bedingt die naturgemäß eintretende Verstärkung des linken Flügels der Regierungsparteien eine Verstärkung der Demokratischen Partei. Ebenfalls wird die Teilnahme der Demokratischen Partei an einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft trotz mancher Widerstände in den eigenen Reihen in Elberfeld eine Bestätigung erfahren, und zwar unter der Voraussetzung, die gewissermaßen als Zugeständnis an die Opposition zu werten ist, daß die Aufrechterhaltung der Grundzüge der Demokratischen Partei nicht beeinträchtigt und die Selbständigkeit der Partei nicht angetastet wird.

Ueber die Rheinland-Frage sprach Justizrat Falk. Die Ziele der französischen Politik umschreibt er dahin, daß Frankreich das Rheinland politisch entdeutschern will, um wirtschaftliche Vorteile zu erzielen und seine militärischen Rüstungen auf Kosten Deutschlands zu erweitern gedenkt. Die Freiheit der Presse bezeichnet der Redner als aufgehoben. Nach ihm spricht Professor Brinmann über das Verhältnis zu den Westmächten. Er lehnt jede Katastrophenpolitik ab. Ein ausgezeichnetes Referat folgte dann von dem Gesandten a. D. Riezler über die Ostprobleme im Zusammenhang mit den Fragen der franko-englischen Politik. Auch der Vortrag des Oberpräsidenten von Ostpreußen Siehr fand lebhaften Anklang.

In der Nachmittagsitzung wurde mit der Diskussion der Morgenreferate begonnen. Zunächst kamen die Vertreter abgetretener Gebiete oder solcher Landesteile zu Wort, die sich eine politische Entrechtung gefallen lassen müssen. Uebereinstimmend gaben sie der Treue zum Deutschland Ausdruck. Von den übrigen Diskussionsrednern werden insbesondere die Fragen der Reparation, der Kriegsschuld und des Völkerbundes gesondert behandelt.

Volkswirtschaft.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Ueber die Lage und die Aussichten des Arbeitsmarktes und über die Vorkehrungen des Reichsarbeitsministeriums in dieser Beziehung sind in letzter Zeit manche doch mißverständliche Nachrichten aufgetreten. Tatsächlich ist nach Mitteilungen von zuständiger Stelle die Zahl der unterstützten Erwerbslosen auch jetzt noch sehr gering. Sie hat zu Ende August mit rund 12 000 unterstützten Erwerbslosen den niedrigsten Stand

seit Kriegsende erreicht — und nach den bisher vorliegenden Nachrichten auch im September nur eine sehr mäßige Zunahme erfahren. Wenn auch bestimmungsgemäß nicht alle Erwerbslosen Unterstützung erhalten, und die Statistik daher unvollständig ist, so kann als sicher gelten, daß die Erwerbslosenziffer in Deutschland zurzeit niedriger liegt als selbst in den Jahren vor dem Kriege.

Das Reichsarbeitsministerium hat allerdings stets darauf hingewiesen, daß diese niedrige Erwerbslosenzahl keineswegs ein Zeichen wirtschaftlicher Blüte ist, daß sie vielmehr als Folge des Salutarerzuges angesehen werden muß. Zahlreiche Arbeitskräfte müssen zur Gewinnung von Rohstoffen und Erzeugnissen verwanzt werden, die früher wirtschaftlicher im Ausland gekauft wurden (verdrängte Arbeitslosigkeit). Auch begünstigt die Baluta die Ausfuhr nach dem Ausland. Der günstige Arbeitsmarkt steht also auf schwachen Füßen und die Gegenwirkungen der ungünstigen Baluta bleiben nicht aus.

Die Kaufkraft gegenüber industriellen Erzeugnissen im Inland läßt nach und es fehlt manchen Betrieben an den erforderlichen Mitteln, um unentbehrliche ausländische Rohstoffe und Hilfsstoffe kaufen zu können. Infolge der Reparationslieferungen fehlt es vielfach an Kohle. Die mit der Salutarerzählung im Zusammenhang stehende allgemeine Geldknappheit wirkt ebenfalls einschränkend auf die Betriebe. Demnach ist eine fortschreitende Verschlechterung des Arbeitsmarktes in den nächsten Monaten wahrscheinlich, zumal die der Jahreszeit entsprechende Verminderung des Arbeitsbedarfes der Landwirtschaft, Gärtnerei, Binnenschifffahrt, des Bauwesens usw. in der gleichen Richtung wirkt. Nicht wahrscheinlich ist der plötzliche Eintritt einer Massenarbeitslosigkeit, wie sie etwa zu Kriegsbeginn oder nach Kriegsende zu verzeichnen war.

Das Reichsarbeitsministerium hat aber für alle Fälle seine Vorbereitungen getroffen. Das Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes am 1. Oktober 1922 hat dem Ministerium die rechtliche Unterlage zur planmäßigen Gestaltung des Arbeitsnachweiswesens gegeben und erleichtert für die Zukunft den zwischenbezirklichen Ausgleich wesentlich. Der im Gesetz vorgesehene organische Umbau ist zum wesentlichen Teil schon eingeleitet worden. Bereits vor Monaten ist ferner bei den Ländern dahin gewirkt worden, daß Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge für die Zeit größerer Arbeitslosigkeit vorbereitet und zurückgestellt werden. Das hierin ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt, ergibt sich daraus, daß in den früheren Perioden ungünstigen Arbeitsmarktes über 60 Millionen Arbeitertage in der produktiven Erwerbslosenfürsorge abgeleistet worden sind. Auch um die bessere Auswertung der öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt das Ministerium bemüht. Soweit trotzdem größere Arbeitslosigkeit eintritt, wird eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung — bisher zurückgestellt, weil die günstige Lage des Arbeitsmarktes nirgends langfristige Arbeitslosigkeit aufkommen ließ — eingreifen, und auch in dieser Richtung sind die vorbereitenden Schritte erfolgt. Für die Zukunft dürfte das zurzeit dem Reichswirtschaftsrat vorliegende Arbeitslosenversicherungs-gesetz unter weitgehender Mitwirkung und Mitverantwortung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Vorlage für den Arbeitsmarkt sicherstellen.

Kartoffelpreise.

Hamburg, 11. Oktober.

Die Hamburgische Notierungskommission notierte am 9. Oktober als in den Erzeugergebieten geahlte Erzeugerpreise für Kartoffeln: rote Kartoffeln 340 bis 360 Mk., weiße Kartoffeln 390 bis 410 Mk. und für gelbe Industrie 490 bis 500 Mk. den Zentner, ab Vollbahnstation des Erzeugers. — Gegenüber der Notierung am 6. Oktober ist eine Preissteigerung von 20 bis 30 Mk. zu verzeichnen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 11. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	10. Oktober.	9. Oktober.	
Amsterdam	100 fl.	115056.—	100873.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	20823.90	18126.96
Kristiania	100 Kr.	52434.85	45942.50
Kopenhagen	100 Kr.	60024.85	52983.75
Stockholm	100 Kr.	78401.85	69013.60
Helsingfors	100 finn. Mk.	6591.75	5892.60
Rom	100 Lire	12634.15	11136.05
London	1 £	19083.60	11460.65
New York	1 Doll.	2966.28	2596.75
Paris	100 Frs.	2372.—	19750.25
Zürich	100 Frs.	55530.50	48639.10
Madrid	100 Pesetas	44644.10	39850.75
Wien	100 K.	—	3.35 1/2
Prag	100 K.	10187.25	9238.40
Budapest	100 K.	—	99.87 1/2

Sigris, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Ja, ja, komme nur. Hast ihr denn zuweisen an mich gedacht, du und Sigris?“
„Ei wohl!“, sagte Anders. „Sigris hat mir von dir erzählt, wie keiner so schnell sei wie du und so stark am ganzen Fjord.“
„Das lobne dir Gott, Sigris!“ sagte Thorkel, aber er sagte es halb laut und sah nach ihr hin. Sigris sagte nichts darauf, sie legte das Netz zusammen.
„Nun willst du wohl den Hund wieder haben?“ fragte Anders.
„Nein, nein!“ antwortete Thorkel, „der ist dein und du sollst ihn behalten. Das wird uns allen Glück bringen.“
„Du bist lieb“, sagte der Knabe. „Ich will auch immer an dich denken.“ so oft ich den Hund sehe.“
Eben kamen die Männer zurück, und es dunkelte auf dem Fjord. Die Nebel stiegen auf, der letzte falbe Schimmer ver-schwand von den hohen Komadaalstjellen.
„Gehe hinein, Sigris, siehe nach dem Feuer und mache dich an den Tisch“, sagte Gullit. „Du gehe mit ihr, Anders. Abend-lust laugt dir nichts!“
„Komme mit uns ins Haus“, sagte das Kind zu seinem Freunde.
Doch Thorkel antwortete: „Gehe nur voran, und als Anders zur Tür hinein war, wandte er sich an den Fjörer. „Nicht es dir gelegen“, fragte er, „wenn ich diese Nacht bei dir bleibe?“
Es vergingen einige Augenblicke, während Gullit geradeaus sah und schwieg. Darauf antwortete er: „Es geht nicht an.“
Wieder eine Minute, dann sprach Thorkel: „Nimm es nicht übel, ich frage, weil mein Vater dein Freund gewesen.“
Nach einem Weilschen sprach Gullit: „Weil er mein Freund war, darum will ich dich nicht!“
Thorkel stand auf und sah umher, es war beinahe finster geworden. „Wohl!“, sagte er, „die Nacht ist da, so muß ich fort. Mag es dich nie gereuen.“ Er ging, es sagte keiner etwas, aber das Lichte heimlich. Bei Nacht den Bittenben von seiner Schwelle weichen, war ein schwerer Schimpf, ein Urteil der Verachtung über Thorkel ausgesprochen, denn viele Männer sich an-schließen, das aber andere auch wohl wieder mochten. Da jener einige Schritte gegangen war, schien Keine über Gullit zu kommen. Er rief ihm nach, und Thorkel stand still.
„Kannst das Abendbrot mit uns teilen“, sagte er.

„Behalte deine Speise“, antwortete Thorkel rau und laut, „ich mag sie nicht.“ Damit verschwand er schnell in der Finsternis, und Gullit Hanjen stand schweigend, bis das ihm den Arm drückte.
„So ein Lump will noch trauen“, sagte er. „Das hast du wieder gemacht, Gullit, alle guten Leute werden dir recht geben und ihm den Rücken kehren, sowie er an ihre Tür klopf.“
Der Fjörer sprach nicht mehr darüber. „Komm herein und laß uns essen“, sagte er. „Morgen früh gehe ich mit zwei Booten hinaus nach Algerdehus, denke, es soll guten Fang geben.“
Am nächsten Tage fuhr Thorkel nach Molde hinüber, um mit dem Herrn Schiemann über seine Angelegenheit zu sprechen. Der Kaufmann wohnte in einem der besten Häuser, das er sich neu gebaut und stattlich eingerichtet hatte. Die braune Tür trug einen blanken Griff von Messing und ein blickendes Schild von demselben Metall, auf welchem der Name des Eigentümers stand. Die Vorflur war mit Matten belegt, und Klügeltüren führten nach beiden Seiten; aus einer derselben trat eben das Gorud, seinen Hut in der Hand. Da er Thorkel kommen sah, tat er freundlich und nickte ihm zu.
„Du kommst eben zur rechten Zeit“, sagte er, „Herr Schiemann sitzt drinnen bei seinem Frühstück, kannst gleich mit ihm verhandeln.“
Thorkel gab darauf keine Antwort, sondern ging auf die Tür zu, klopfte an und ging hinein. Das blieb stehen, sah ihm hämisch nach und horchte. Auf dem Sofa sah ein dürrer Herr mit langem Gesicht und starken Backenhöfen, unter denen die Backen tief einsenkten. Er hatte röthliches dünnes Haar und einen rötlichen Badenbart, scharfe graue Augen und ein strenges Aussehen, das von der lang vorstehenden Nase vermehrt wurde.
Als Thorkel die Tür öffnete und guten Morgen wünschte, drehte er den Kopf hin, dankte nicht darauf, sondern fragte: „Was willst du?“
„Ich möchte ein Wort mit dir sprechen, Herr Schiemann“, antwortete Thorkel.
Der Kaufmann stemmte den Arm auf den Tisch, in der Hand hielt er ein Messer. Vor ihm stand eine Karaffe mit Portwein und ein halb gefülltes Glas, ein leeres nicht weit davon. Dabei Teller mit Fleisch und Pudding, samt Butter und Weißkrot. Herr Schiemann nahm ein Stück davon, auch Fleisch dazu, und indem er darauf hinah, fuhr er fort: „Hast du nicht gehört, daß an der anderen Tür „Kontor“ steht? Wer mich sprechen will, muß dahin gehen. Oder kannst du nicht lesen?“

„Wein und schreiben, Herr Schiemann“, sagte Thorkel. „Nimm es nicht übel. Das Gorud sagte mir, ich möchte hier hineingehen.“
Der Kaufmann fuhr fort zu essen und trank dazu. Thorkel stand geduldig und wartete. „Ich habe schon gehört, daß du wieder hier bist“, begann er. „Warum kommst du zu mir?“
„Eheher Herr“, sagte Thorkel, „ich muß wohl. Du hast die Stelle am Loressjord vom Landrichter bestritten lassen, so weiß ich nicht, wohin ich soll.“
„Das mag wohl sein“, versetzte Schiemann, „aber meine Sache ist es nicht. Gestern hat dich Gullit Hanjen von seiner Tür gewiesen, so wird es dir bei andern auch gehen.“
„Ich hoffe es nicht von dir, Herr“, antwortete Thorkel.
„Von mir?“ fragte Schiemann, das Glas in der Hand. Und nachdem er es ausgelesen, sprach er weiter: „Ich habe die Stelle als Pfand für die zweihundert Taler verpfändet bekommen. Dein Vater war ein ehrlicher Mann, dem habe ich sie geborgt. Dir hat er das Geld geborgt, kannst du es wiedergeben?“
„Ja, Herr, ich will es wiedergeben.“
„Wann?“ fragte Schiemann. „Wie?“
Thorkel schwieg. „Es kann vielleicht bald geschehen, vielleicht auch nicht“, antwortete er nach einigem Besinnen.
„Ja!“ sagte der Kaufmann, „du weißt es nicht. Was hast du damit getan? Wo ist es geblieben? Hast es vergeudet?“
„Gleichviel, Herr“, sprach Thorkel, „fort ist es, ich habe nicht einen Taler mehr davon. Aber ich bin ja jung und verstehe meine Sache. Gib mir Geduld, ich will für dich arbeiten. Es kommt jetzt eben die Zeit für den Hering und den Seggill. Ich will nur das Notdürftigste haben, alles andere sollst du abschreiben.“
Herr Schiemann schnitt sich ein neues Stück Braten ab und sagte dabei vollkommen gleichgültig: „Ich kann dich nicht brauchen, siehe zu, wer dich nimmt.“
Thorkel blieb noch einige Augenblicke stehen, dann sprach er: „So vergib, Herr, daß ich anfrage, und Gottes Gruß!“
Als er die Hand schon auf dem großen Türgriff hatte, rief Herr Schiemann: „Komme einmal her, Thorkel Jungso!“
Thorkel kehrte um und trat an den Tisch. Der Kaufmann sah ihm mit den grauen scharfen Augen an, als wollte er ihn durchsehen. „Wenn ich dir keine Arbeit gebe“, sagte er, „wird es kein anderer tun.“
„Das mag wohl sein“, antwortete Thorkel.
„Da Gullit nichts mit dir zu schaffen haben will, folgen ihm alle besseren Leute, und die armen oder schlechten können dich nicht brauchen.“

Fortsetzung folgt.

Amtlicher Teil.

Am 12. Oktober 1922, vorm. 11 1/2 Uhr wird der Kapitän **Hilde** vom Segelschiff „**Werra**“ wegen seiner Reise von Trangsund nach Frederiks-våg im Gerichtshause, Zimmer 9, Verklarung ablegen. (7978)

Lübeck, den 10. Oktober 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, Abt. 2.

Am 12. Oktober 1922, vormittags 11 1/2 Uhr wird der Kapitän **Herm. Wulff** vom schwedischen Dampfer „**Oernen**“ wegen seiner Reise von Gothenburg auf hier im Gerichtshause, Zimmer 9, Verklarung ablegen. (7979)

Lübeck, den 11. Oktober 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, Abt. II.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung betr. Ausführung von Reparationslieferungen im freien Verkehr an Belgien vom 2. Oktober 1922 kann im Bureau der Landesaufsichtsstelle, Breite Straße 40 I (Gewerbestammer) und in der Kanzlei der Handelskammer, Breite Straße 6, eingesehen werden. (7982)

Die Landesaufsichtsstelle Lübeck.
Dr. Allendorf, Vorsitzender.

Nichtamtlicher Teil.

Hans Staack
Dora Staack
geb. Lüth
Bermahle.

Für erzielene Aufmerksamkeiten zur Silber- und goldenen Hochzeit herzlichen Dank. (7967)

L. Lüth u. Frau.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Am 8. Oktober hat unser Kollege **H. Bollow.**

Ehre (7970) seinen Andenten!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 13. Okt., nachm. 3 Uhr auf dem Bornwerfer Friedhof statt. Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen anlässlich ihrer silbernen Hochzeit danken herzlich **Wilhelm Appel u. Frau** (7976) geb. Meier.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, die unserem lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere der Belegschaft des Hochpfeifenwerks, für die Unterstützung, dem Landarbeiter-Verband und Herrn Pastor Zielens für die tröstlichen Worte unsern innigsten Dank. **Hinrich Westphal** u. Familie.

Nach längerem Verden entschließ ich meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwäger- u. Großmutter

Katharine Lindemann

im 74. Lebensjahre tief betrübt von den Ihrigen.

Nelrich Lindemann und Kinder.

Lübeck 10. Okt. 1922. Belzerstr. 12.

Trauerfeier: Sonnabend 1 1/2 Uhr Bornwerfer Friedhofkapelle. (7978)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Sonnabend, dem 7. Oktbr. verschied unser Kollege, der Klempner

August Ott.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, dem 12. Okt., nachm. 3 1/2 Uhr auf dem Bornwerfer Friedhof. (7996)

Die Ortsverwaltung.

Morgenhilfe für 2 Std. gesucht. (7988) Travelpassstr. 11.

Mantel f. 21. Mch. gef. u. A 470 a. d. Exp. (7981)

Für Eicheln u. Kastanien jaght gute Preise (7977) Klappenstr. 14 a.

Ein Grubeofen zu verk. Schönkampstr. 85, ptr. (7980) Vorderwohnung

Dängel, f. G. umg. a. verk. (7989) Borbeckstr. 16, I. r.

Däneräpfel u. Birnen a. verk. Farsky, Genin, (7988) Dorfstraße.

+Magerteit+

Schöne volle Körperformen durch unser „**Hygro-Kraftpulver**“ in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pf. Zunahme. Garant. unschädlich. Nicht empfohlen. Streng reell. Viele Dankschreib. Preis: Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 60.— Porto extra.

Alleinige Niederlage **Adler-Apotheke,** Lübeck, Ob. Mengstr. 10. (7984)

Brillanten, Perlen
ganze Läger sowie auch lose Ware
kauft zum Niesen-Auslandskurs (7959)
Frick, Pfaffenstr. 2, 1. Etage

Siedlung und Kleingarten

Vierseitige Zeitung in Kupferdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksbotenleser monatlich nur 450 Pfennig. Auch im Einzelverkauf im „**Lübecker Volksboten**“

Der Neue-Welt-Kalender 1923

mit Bild und Biographie von **Theodor Schwartz**

ist erschienen.

Preis 20.— Mark. (7675)

Buchhandlung Lübecker Volksbote

Felle Haare
kauft zu höchsten Tagespreisen
Isaac Frankenthal
Beckergrube 53
Telephon 8641

Schwarz-rot-goldene Scheifen und Fahrradlampen
Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.**

Zahn-Praxis
W. Rylewsky
Breite Str. 7, Telephon 1253.
Laboratorium sämtlicher zahntechn. Arbeiten, Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse, Reparatur z. Auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage fertigbehandelt. (7963)

Leder
Lederausschnitt Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
C. Grimm Nachf., Lederhandlung und Schäftefabrik. (7957)

Alle Maschinen, alte Maschinen, Dampf- u. Schmiedeeisen, Späner, Schmiedegeschäft.
Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Stahl, Eisen, Späner
L. Lissianski, Lübeck, Obertrave 19. Kleinhandel.
Felle, Tierhaare, Papier usw. laufe laufend ab jed. Ort jeden Poßen. — Beitr. Adresskarte für Händler, Klempner, Schmiede, Fabrikationsbetriebe. (7908)

Kommentar Reichsmietengesetz
von **Hans Krüger** (Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium)
Mk. 30.00. (3026)
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,** Lübecker Volksbote, Johannisstr. 46.

Hafen, Kamin, Ziegen- u. alle andern Felle, Pferde-, Kuhschweif-Haare
kauft zu höchsten Preisen
J. C. Würzburg Schanzstr. 22a.

Neu erschienen! Neu erschienen!
Reichs-Herbergs-Verzeichnis 1922/23.
Preis 30.— Mk.
Herausgegeben vom Verband für Deutsche Jugendherbergen. Geschäftsstelle Hilpenbach, Westfalen.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

Allen Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt sich das bestbetonte
Gymnastikverhältnis
zur Abhaltung von Festlichkeiten und Veranstaltungen jeglicher Art.
Klubzimmer und Versammlungsräume in jeder Größe.

Café „Vaterland“
Täglich Konzert der (7974) Hamburger Künstler-Vereinigung.
Direktion: Adolf Martens

Verein Fritz Reuter, Lübeck.
Freitag, 13. Oktober
Grot'n Platts. Theater-Abend
in'n Kunzerthaus „Flora“. (7969)
Gott geht dat abends kloof 8. De Vörstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck

Adlershorst Morgen (7961) Donnerstag u. Ball jed. Sonntag

Gemeinschaftliche **Versammlung** der Bauschlosser, Bauklempner, Elektriker und Schmiede
am Freitag, 13. Oktbr. abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung: Stellungnahme zum Schiedspruch. Mitgliedsbücher sind vorzulegen. (7979)
Die Ortsverwaltung.

Bis Montag, 16. Okt.
Zentral-Theater.
Johannisstraße 25
Telephon 1359.

Trocadero.
Schlüsselbad, 4. F. 787
Täglich **Nachmittags-Konzert.**
Anfang 5 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr: **Wiener Stimmung.** (7966)

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (7987)
Ortsverwaltung Lübeck.

Im Schatten des Laten.
Sensationsdrama in 5 Akten.

Verbrechen aus Leidenschaft.
4 Akte.
1. In flagranti.
2. Das Weib des Würgers.
3. Der Mord in der Apotheke.
4. In geheimen Mission.
4 Akte aus dem Schwarzbuch eines Polizeikommissars.
Fatty als Liftboy.
2. Amerikanische Groteske in 2 Akten.
Hauptdarsteller und Regie:
Fatty Arbuckle.
Spielzeit 4 bis 11. Orchesterbegleitung. Sonntag ab 2 Uhr: **Dr. Kambervorstellung.**

Versammlung der Kaufmanns- u. Weinarbeiter
heute Mittwoch, 11. Okt. abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung: **Bericht der Lohnkommission** Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.
Heute Mittwoch sowie Donnerstag 7 1/2 Uhr: **Ihre Hoheit die Tänzerin**
Freitag 7 1/2 Uhr: **Zum letzten Male!**
Die beiden Nachtigallen.
Sonnabend 7 1/2 Uhr: **Zum ersten Male!**
Der heilige Ambrosius.
Operette in 3 Akten von Leo Fall. 7971

Verband d. Maler

S. P. D. Schlutup.
Donnerstag, d. 12. Oktbr. abends 8 Uhr:
General-Versammlung
bei Saborowski.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. (7972)
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen.
Der Vorstand

General-Versammlung
am Donnerstag, 12. Okt. abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Das neue Lohnabkommen. Referent: **Holl. Buch,** Hamburg.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Bericht vom Ortsausgang. (7975)
4. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand

General-Versammlung
am Donnerstag, 12. Okt. abends 8 Uhr:
General-Versammlung
bei Saborowski.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. (7972)
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen.
Der Vorstand

General-Versammlung
am Donnerstag, 12. Okt. abends 8 Uhr:
General-Versammlung
bei Saborowski.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. (7972)
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen.
Der Vorstand

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 7 Uhr, Ab. B: **Der Musikant**, hierauf: **Die Puppenfee.** (7955)
Donnerst., 7.30, Ab. B: **Der Liebhaber.**
Freitag, 7 Uhr, Ab. B: **Arriadne auf Naxos.**
Sonnabend, 7.30: **Volksbühne: Carmen.**
Die Abonnenten werden dringend gebeten, die noch ausstehenden Nachzahlungen an der Theaterkasse zu leisten, nachm. zwischen 3 und 6 Uhr und während der Raststunden.

Schönheit
keine Sommerdrossen
nur durch **DOERING'S EULEN-SEIFE**

Fabrikarbeiter-Verband
Zahlstelle Lübeck.

Gesucht zum sofortigen Eintritt eine nicht zu junge **weibliche Hilfskraft.** (7964)

Bewerbungen mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis Sonnabend, den 14. Oktober 1922 im unteren Bureau, Johannisstr. 46, ptr. Hg., einzulegen. Nachmittags schreiben erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Fabrikarbeiter-Verband
Zahlstelle Lübeck.

Gesucht zum sofortigen Eintritt ein **erster Geschäftsführer.** (7965)

Bewerbungen mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis zum Sonnabend, den 14. Oktober 1922 abends 6 Uhr an unser Bureau, Johannisstr. 46, ptr. Hg., einzulegen.
Die Bewerber müssen Mitglied des Verbandes sein.
Die Ortsverwaltung.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 11. Oktober.

Weitere Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise.

Die Betriebsleitung schreibt: Die für den Monat Oktober erfolgte namhafte Erhöhung der Kohlenpreise sowie die mit Wirkung vom 1. Oktober eingetretene Verdoppelung der Frachtpreise zwingt dazu, die Preise für Gas, Wasser und Strom gleichfalls steigern zu lassen. Statt des bisherigen Gaspreises von 21 Mk. wird nunmehr ein solcher von 29 Mk., statt der Strompreise von 51 Mk. und 38 Mk. eine solche von 70 Mk. und 53 Mk., statt des Wasserpreises von 12 Mk. ein solcher von 16 Mk. erhoben werden. Nach den Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft wird bei der Vierteljahresberechnung, wie bekannt, das Mittel aus den September-, Oktober- und Novemberpreisen genommen. Zweifellos stellt diese neue Preisfestsetzung eine neue große Belastung der Abnehmer dar. Sie ist aber nicht zu umgehen, um die Werke lebensfähig zu erhalten und Deckung für die gesteigerten Ausgaben zu finden, denen die Werke selbst machtlos gegenüberstehen. Ein Vergleich mit anderen Städten kann jetzt noch nicht gegeben werden, doch steht fest, daß die Lübecker Preise im Rahmen der anderen Städte bleiben, da auch diese, soweit es sich um größere Werke handelt, ihre Steigerungen alle nach der Kohlenkaufnahme vornehmen müssen. Die Kohlenkaufleute sind ihrer Aufgabe, die gesteigerten Ausgaben zu decken, gerecht geworden, wenn sie auch nicht dazu ausreichten, diejenigen Rücklagen zu schaffen, die bei der Geldentwertung eigentlich notwendig wären, um entsprechend den Preisverhältnissen Rücklagen für Neuanfassungen und Abschreibungen zu gewinnen.

Ausrüstung eines ABC-Schützen.

Zu diesem von uns am 21. September veröffentlichten Artikel schreibt uns der Verein der Papier- und Schreibwarenhandlender: Nach Ihren Angaben soll ein Schießblei 25 Mk. kosten, während es bei Selbstherstellung nur 7,50 Mk. kostete. Danach sieht es so aus, als ob sich der reelle Lübecker Papierhandel an den Schießbleiverkauf stark bereichert. Dem ist aber nicht so. Das Blei enthält nicht zwei, sondern 3 1/2 Bogen = 14 Blatt; der Preis für einen A4-Bogen Papier ist im Kleinhandel 6 Mk., ein A4-Bogen (1/2 Bogen für ein Heft) kostet 2,60 Mk., ein Schild 10 Bogen, ein Lösblatt 1 Mk. Es stellt sich demnach der Preis für ein Heft bei Selbstherstellung auf 24,70 Mk. ohne Anrechnung von Zinsen, Leim und Arbeit. Der Preis von 25 Mark für ein Heft ist somit nicht zu hoch und eine Selbstherstellung nicht billiger. Bis vor einigen Tagen wurde das Schießblei, das 17,30 Mk. ohne Unkosten im Einkauf kostete, mit 20 Mk. verkauft. Jetzt, da ein Heft im Einkauf 23 Mk. kostet, ist der Verkaufspreis mit 25 Mk. festgelegt. In Mecklenburg und Hamburg kostet das 16 Blatt starke Heft schon seit langer Zeit 30 Mk. Ferner wurde in dem Artikel angeführt: Tafel 50 Mk., Schulfedern 1—2 Mk., Zeichenblat 20 Mk., Bleistift 5 Mk., Tinte 15 Mk. Der Vorsitzende des genannten Vereins hatte einige Tage bevor der Artikel im Volksboten erschien, eine Unterredung mit Herrn Schwart Heit, da sich die Oberprüfungsbehörde mit der Verbilligung der Schulartikel beschäftigte. Der Versuch, Tafeln im großen zu beschaffen, ist leider gescheitert. Schiefertafeln kosten heute im Einkauf 98—112 Mk. Verkauf werden diese durchschnittlich mit 100—110 Mk., also unter dem heutigen Einkaufspreis. Die Emailtafel Emalia, dauerhafter als die Schiefertafel, kostet heute in der in Lübeck geführten Einlieferung im Einkauf 82,50 bis 96 Mk., ist aber zurzeit nicht vorräthig, sondern erst in drei bis vier Monaten zum Tagespreis lieferbar. Schulfedern werden nicht 1—2 Mk. kosten, sondern 2,30 Mk. das Stück. Der für Zeichenblat angegebene Preis von 20 Mk. und für ein kleines Glas Tinte von 15 Mk. liegt weit unter dem letzten Einkaufspreis. Aus all diesem ist zu ersehen, daß der Papier-Kleinhandel in Lübeck nicht treibende Kraft der hohen Preise ist, sondern die Fabrikanten, die die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen diktiert. Schöne Ausichten für die Eltern.

Zum Begräbnis Heinrich Maddens hatten sich Dienstag nachmittags auf dem Bornwerfer Friedhof sehr viele Freunde und Bekannte des Verstorbenen eingefunden, um ihm das letzte Geleit zu geben. In dem Trauerzuge, der mehrere Hundert Personen vereinigte, wehten 6 Fahnen. Es waren die umflorten Banner des Sozialdemokratischen Vereins, des Fabrikarbeiterverbandes, des Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes, der Zahlstellen Schluß und Selmsdorfer des Fabrikarbeiterverbandes, sowie des Sozialdemokratischen Vereins Altona. An der Spitze in der Kapelle hielt Genosse Bromme die Gedächtnisrede. Er gab in kurzen Zügen ein Lebensbild von dem Verstorbenen, zeigte, wie dieser prächtige Mensch sein ganzes Leben hindurch stets unermüdet für die Sache der Arbeiterschaft gekämpft hat und dankte ihm für sein erfolgreiches Wirken. Am Grabe sprachen noch Vertreter vom Haupt- und Gewerkschaftsverband des Fabrikarbeiterverbandes, Genosse Weich für den Sozialdemokratischen Verein, Genosse Kott für den A.D.B., Ortsauschuß Lübeck und Genosse Hout für die Bürgerfraktion. Alle Redner legten prächtige Kränze nieder. Außerdem wurden Kränze gewidmet von der Bürgerfraktion, von den verschiedensten Gewerkschaften und mehreren Großbetrieben. Es waren zahlreiche Beweise von Liebe und Verehrung, die dem prächtigen Menschen und tapferen Kämpfer, der als Pionier in der Arbeiterbewegung wirkte, dargebracht wurden. Die Partei wird seiner stets ehrend gedenken.

Gehaltsbewegung in der Lübecker Metallindustrie.

Eine gewaltige Versammlung der technischen und kaufmännischen Angestellten sowie Werkmeister beschäftigte sich am Dienstag in der „Flora“ mit dem Verlauf der Gehaltsbewegung für Monat September. Herr Schläpfer vom D. S. B. betonte, die Angestellten hätten für September einen Zuschlag von 100 Prozent zu dem tariflichen Gesamteinkommen des Monats August gefordert. Diese Forderung sei beiseite gelassen. Die Arbeitgeber hätten ein Gegenangebot von 50 Prozent gemacht und hinzugefügt, daß sie auf keinen Fall weitergehen könnten; sie wären aber bereit, darüber hinaus einige Härten auszugleichen. Die gleiche Bezahlung der weiblichen und männlichen Angestellten in den Gruppen 2, 3 und 4 müsse abgelehnt werden. Ferner erklärten die Industriellen, die Spanne zwischen Forderung und Angebot sei so groß, daß es gar keinen Zweck hätte, weiter zu verhandeln, die Angestellten möchten nur den Schlichtungsausschuß anrufen. Der Schlichtungsausschuß sprach den Angestellten einen Zuschlag von 80 Prozent zu, dem die Angestellten zustimmten. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedspruch aber ab und haben damit auch die Verantwortung für die Zuspätung der Lage zu tragen. Die Angestellten-Organisation sei von dem Wunsche geleitet worden, alle Verhandlungsmöglichkeiten rasch auszuschöpfen und hätte daher den Demobilisationskommissionar gebeten, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für verbindlich zu erklären. Der Demobilisationskommissionar habe

die Verbindlichkeitsklärung aber abgelehnt. Direktor Dr. Lint erklärte, daß noch ein Rechtsweg der Forderung der Angestellten nicht erfüllt sei und mit Rücksicht auf diese geringe Spanne es nicht für notwendig erachtet würde, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Diese Begründung löste den lebhaften Unwillen der Versammlung aus.

Der Gauleiter des Bundes technischer Angestellten und Beamten betonte, die Angestellten seien sich der großen Verantwortung bewußt aber nach Lage der Sache bereit, sich auf den Kampf einzustellen. Eine Reihe weiterer Redner bekräftigte den Willen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erfüllung des Schiedspruches durchzusetzen. Hätten die Herren Arbeitgeber die jetzt gebotenen 70 Prozent in der ersten Verhandlung zugestanden und sofortige Auszahlung zugesagt, so wäre man längst zu einer Einigung gekommen. Die Taktik der Arbeitgeber hätte die Angestellten schwer geschädigt, da die heute gebotenen 70 Prozent mindestens 20 Prozent an Kaufkraft inzwischen verloren hätten. Es sei geradezu eine Herausforderung der Angestellten, daß Mitte Oktober das Septembergehalt noch nicht voll ausgezahlt sei. In Zukunft würde man sich vorbehalten müssen, bei einer solchen Verzögerung der Verhandlungen noch während der Verhandlungen Nachforderungen aufzustellen. Die zwingende Entwertung unseres Geldes zwingt notwendigerweise zu einer Verringerung der bisherigen Taktik bei Lohnbewegungen.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, die die Erfüllung des Schiedspruches fordert und die Verhandlungskommission beauftragt, alle geeigneten Schritte zu unternehmen. Eine weitere Versammlung am Donnerstag abend 8 Uhr in der „Flora“ soll die Entscheidung bringen.

*

Verbindlichkeitsklärung eines Tarifvertrages. Der am 15. September 1922 zwischen dem Verband Lübeckerischer Kleinhandelsvereine und dem Konsumverein für Lübeck und Umgegend und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, dem Zentralverband der Angestellten und dem Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften abgeschlossene 8. Nachtrag zum allgemeinen verbindlichen Tarifvertrage vom 3. Mai 1921, ist durch Verfügung der Reichsarbeitsverwaltung für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. September 1922. Damit sind alle Arbeitgeber im Kleinhandel verpflichtet, ihren Angestellten die tariflich festgelegten Mindestgehälter zu bezahlen.

Polizeibericht. Festgenommen wurde ein Kaufmann aus Swinemünde wegen Rechnererei und ein Arbeiter aus Ralswiek i. Sahl wegen Diebstahls von Bekleidungs- und Wäscheartikeln. — In der Nacht vom 9. verletzten ein Kesselwärter, ein Bauarbeiter und ein Tischler in der Alststraße einen Einbruchsdiebstahl. Sie hatten bereits zwei Kellerräume erbrochen. Alle drei wurden festgenommen. — Wegen Fahrraddiebstahls wurde

ein in der Hundestraße wohnhafter Arbeiter festgenommen. — Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Laage, das feiner in der Rakeburger-Allee wohnhaften Herrschaftsgegenstände im Werte von über 5000 Mk. gestohlen hatte. — Aus einem Bootschuppen in der Wakenitzstraße wurde die gesamte Tafellage eines Segelbootes gestohlen. — In der Breiten Straße wurde einem Seemann ein Kinderklappwagen gestohlen. — Von einem Fischer wurde eine Brieftasche mit Papieren lautend auf den Namen Robert Lauds, geb. 18. 2. 1883 Frankfurt a. O. aus der Trave gefischt und im hiesigen Hundebureau abgegeben.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Jungsozialisten! Morgen, Donnerstag 1/8 Uhr. Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Der Arbeitsausschuß.
Stadtheater. Schauspiel „Der Liebhaber“ wird am Donnerstag wiederholt. Sonntag wird zum ersten Male die Operette von Millober „Gasparone“ gegeben.
Schauspieltheater. Heute Mittwoch sowie Donnerstag 7 1/2 Uhr wird „Ihre Hoheit die Tänzerin“, Freitag zum letzten Male „Die beiden Nachtigallen“ und Sonnabend „Der heilige Ambrosius“, Operette in 3 Akten von Leo Fall gegeben.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ein zweifaches Todesurteil. Das Schörrichtergericht verurteilte am Dienstag nach zweitägiger Verhandlung den Heizer Bartkowiak und den Kranführer Wilhelm wegen Ermordung und Verabreichung des Weinhändlers Magnus und dessen Tochter in ihrer Wohnung am Laufgraben zum Tode und dauernden Ehrverlust.

Stade. „Ver schoben“. In Sittensen bei Stade sollten in diesen Tagen zwei Eisenbahnwaggons mit Viehen an den Feindbund verladen werden. Als die Zister mit dem Einladen in den zweiten der beiden Waggons entfangen wollten, stellte sich heraus, daß dieser von unten bis oben mit Rosten im Gewicht von 60 bis 130 Kilo beladen war. Irrendwelche Papiere für den Wagen waren nicht aufzufinden, da der Wagen unter der Masse „leeres Gut“ nach Sittensen gekommen war. Aus der Firmeninschrift, die in englischer Sprache an den Rosten angebracht war, konnte nur festgestellt werden, daß die Rosten Solinger Stahlwaren enthielten, die aus England kamen. Wie ist es möglich, daß ein solch wertvoller beladener Eisenbahnwagen als herrenloses Gut auf der Eisenbahn spazieren fährt, bis er schließlich in Sittensen landet, wo jetzt die wertvolle Sendung als herrenloses Gut auf dem Bahnhof lagert?

Sozialdemokratischer Bezirksparteitag für Mecklenburg-Lübeck.

b. Bülow, 8. Oktober.

Unter recht zahlreicher Beteiligung wurde am Sonntag mit 2 Uhr der Bezirksparteitag für Mecklenburg und Lübeck im Schützenhaus zu Bülow eröffnet. Anwesend sind 120 stimmberechtigte Delegierte. Der Vorsitzende des Ortsvereins, Mahanke, begrüßte die Delegierten und Gäste und wünschte dem Parteitag guten Erfolg. Der Vorsitzende des Bezirksvereins, Genosse Kröger-Koistod, bedauerte in seinen Begrüßungsworten, daß die Einigung zwischen U.S.P. und S.P.D. in Mecklenburg nicht völlig gelungen ist, erhofft aber eine solche in absehbarer Zeit. — Zu Vorstehenden wurden Kröger-Koistod und Mahanke-Bülow gewählt. Als Schriftführer fungierte auch Genosse Wolfradt-Lübeck.

Der Antrag Lübeck: die Angliederungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, wurde vom Genossen Dreger-Lübeck begründet. Bartojsch-Neustrelitz hält diese Frage zweifellos für wichtig, widerspricht aber dem Antrag. — Dreger-Lübeck: Gerade weil wir schweren Zeiten entgegengehen, muß alles geschehen, um wirtschaftlich Notwendiges zusammenzufassen. Daß die Frage der Angliederung des Reiches den Augsburger Parteitag nicht beschäftigte ist bedauerlich. — Der Antrag Lübeck, der sich mit dem von Bolla-Selmsdorf über die Angliederung des Reiches bezieht, wird abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfährt der Selmsdorfer Antrag, den Bericht des Mecklenburger Landtages von der Tagesordnung ab- oder ihn an den Schluß der Tagesordnung zu setzen.

Den Geschäftsbericht gab Parteisekretär Genosse Kröger-Koistod. Ihm ist zu entnehmen, daß die Zahl der Ortsgruppen am Jahresschluß 282 betrug, 24 mehr als im Vorjahr. Die Mitgliederzahl betrug 38 054, darunter 1436 weibliche. Der Verlust an Mitgliedern ist fast allein auf das Konto der Landarbeiter zu buchen. Auch eine verunglückte Lohnbewegung mußte die politische Organisation entgelten. Aber auch die Erhöhung der Beiträge verurteilte einen Mitgliederrückgang. Wer deswegen aus der Partei ausscheidet, wähle den verletzten Weg. Diese Parteigenossen hätten die wichtige Arbeit der Partei und Gewerkschaften und ihrer Vertreter in den Staats- und Gemeindeparsamenten noch nicht erfüllt. Wenn nicht mehr für die Arbeiter erreicht worden sei, dann liege die Schuld an mangelnder Macht. Der Redner ging dann des näheren auf den Kampf um den Getreidepreis ein, den um das dreifache zu verteuern die bürgerlichen Parteien bereit seien. Hätten die Sozialdemokraten die Mehrheit, würde eine solche Steigerung unmöglich sein. Es zeige sich hier die Schwere des sozialdemokratischen Kampfes. Dies eine Beispiel allein beweise schon die Notwendigkeit parteigenösslichen Zusammenhalts. Zu bedenken sei auch, daß der Bezirk Mecklenburg-Lübeck die niedrigen Beiträge bezahle. Dieser Beitrag müsse aufgebracht werden, wolle man auch die Agitation einigermaßen betreiben und für das Volk etwas tun. Die Reichspräsidentenwahl und die zugespitzten politischen Verhältnisse erfordern weitere Ausgaben. Zu bedauern sei, daß manche Landarbeiter mit den Junkern gemeinsame Sache machten, weil letztere Lohn erhöhungen der Landarbeiter von der Erhöhung des Getreidepreises abhängig machten. Die Landarbeiter sollten bedenken, daß sie von den Junkern niemals etwas Gutes zu erwarten haben. Die Landarbeiter sollten sich aber auch sagen, daß die Sozialdemokratie für sie viel geschaffen hat, hauptsächlich auch in politisch-freieitlicher Beziehung. Leider sei ein großer Teil Arbeiter durch die Tätigkeit der Kommunisten in die Arme der Reaktion getrieben oder ganz indifferent geworden. Die Kommunisten benutzten unsere Versammlungen nur zu Spaltungszwecken, deshalb müßte ihrem Treiben ein Riegel vorgezogen werden. Denn die Kommunisten hätten trotz all ihres wüsten Treibens und all ihrer hochtönenden Ausschüffe noch rein gar nichts für die Arbeiter erreicht. Im einzelnen ging Genosse Kröger auf die Tätigkeit der Partei ein, und hob dabei hervor, daß nach den eingegangenen Berichten die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter 1772 in 334 Gemeinden betrage. In 399 Gemeinden sind 479 Genossen als Gemeindevorstandsmitglieder tätig. Sozialdemokratische Ortsvereine wurden 150 in 17 Amtsbezirken gewählt. Zu bedauern sei, daß die Ämten überall

gerne unsere Hilfe in Anspruch nehmen und sich melden, wenn sie in Not sind, aber selten die Konsequenzen ziehen und der Partei beitreten. Die Agitation müsse hierauf Bedacht nehmen. Die Tätigkeit des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt, die Bildungsarbeit, die Jugendbewegung und Presse wurde vom Referenten kurz gestreift und mit den notwendigen Bemerkungen zu erfolgreichem Wirken versehen.

Brehmer-Koistod gab den Kassenbericht. Die Bezirkskasse schließt mit 165 880 Mark Bestand ab. Zu wünschen sei ein flotterer Eingang der Abrechnungen. Zu große Ansprüche könnten an die Kasse nicht gestellt werden. Wenn nicht allen Ansprüchen an Referentengestaltung genügt werden konnte, so liege dies an den hohen Unkosten, obwohl viele Referenten recht bescheidene Ansprüche stellten.

Weber die Not der Presse gaben die Geschäftsführer Auskunft. Genosse Steinberg-Lübeck wies auf die große Papierpreissteigerung hin, die auch das Leben der sozialdemokratischen Tageszeitungen bedrohe. Die Maßnahmen des Reiches seien vollkommen ungenügend; von den Einzelländern sei nicht viel zu erwarten, da sie das Holz aus ihren Wäldern zur Hebung ihrer Finanznot möglichst teuer verkaufen. In den Landtagen könnte für die Presse bedeutend mehr getan werden. Unsere Genossen müßten in Stadt- und Landparlamenten für die Gewährung von Krediten an die politischen Zeitungen sowie dafür eintreten, daß auch den sozialdemokratischen Druckereien genügend Aufträge erteilt würden. Zu beachten sei, daß gerade die Buchdrucker zu den schärfsten Lohnstreikenden Arbeitern gehörten. Auch die herausgegebenen Preßfondsmarken und Anteilsscheine könnten nicht genug helfen, eine weitere Abonnementserhöhung sei unumgänglich notwendig. Dem Beispiel des preußischen Ministers des Innern über die Amtsblätter müsse man nachfolgen und die amtlichen Aufträge denjenigen Zeitungen überweisen, die für den Bestand des Staates und der Republik eintreten. Alle Kraft müsse zusammen genommen werden, um das Volk nicht auch noch geistig verkommen zu lassen. Eine Einschränkung des Umfangs sei nicht zu vermeiden. Notwendig sei eine rege Agitation für die sozialdemokratische Presse. — Halle-Schwerin weist auf das Mißverhältnis zwischen Parteimitgliedern und Abonnenten der Parteipresse hin. Hier müsse vor allem bei den Frauen gewirkt werden. Auch die Gewerkschaftsleute müßten sich mehr ihrer stärksten Waffe, der Parteipresse erinnern. Weitere Aufmerksamkeit sollten die Genossen auch den Parteibuchhandlungen zuwenden. — Blund-Koistod äußert sich im Sinne der Parteipresse und gibt Aufschluß über die Entwicklung der Rostocker Parteipresse. Gehe die Arbeiterpresse verloren, sei es auch mit der Arbeiterbewegung geschehen.

An den Geschäftsbericht schloß sich eine recht rege Aussprache. Genosse Wolff-Schwerin bekämpfte scharf die beachtliche Verdreifachung des Getreidepreises. Die Getreidekosten des Umlagegetreides seien schon im vorherigen Preis genügend einkalkuliert worden. Viele Gutsbesitzer hätten ihr Getreide zum Teil mit Absicht auf dem Felde verkommen lassen. Die Jügel müßten scharfer angefaßt werden, damit das Bürgertum die Macht der Partei und Gewerkschaften spüre. Die Getreidepreiserhöhung ziele die Verteuerung aller anderen Nahrungsmittel nach sich. Auch die Kartoffellieferungsverträge arbeiten in eitel Nachstreiterei aus. Eine solche Politik könnten wir nicht mehr verantworten. — Teß-Lübeck betont, daß es im Bezirk jetzt auch mit der Arbeiterjugend vorwärts gehe. Das sei aber auch unbedingt notwendig. Bisher seien in dieser Beziehung an die Parteigenossen viel zu wenig Ansprüche gestellt worden. Notwendig sei die Bemühung von 6000 Mk. Man solle doch nicht vergessen, daß die Tätigkeit für die Arbeiterjugend aus Idealismus getan werde. Wie notwendig die Tätigkeit für die Arbeiterjugend sei, ergebe sich aus der verberöblichen Wühlerei der deutschnationalen Jugend, wie sie sich beim Rathenau-Mord offenbarte. Die Jugend sei in Not, für die Jugend, für den Sozialismus müsse die Parole lauten. — Raimer-Rühl stellt verschiedene Anträge im Interesse der Jugend. — Bromme-Lübeck bedauert, daß die Bildungsarbeit des Bezirksbildungsausschusses leider nicht aufgegangen ist. Das aufgelegte Winterprogramm müsse von den Ortsvereinen mehr beherzigt werden. Nur wenige Orts-

hätten einen Bildungsausschuss ins Leben gerufen. Das sei aber notwendig, wenn positive Arbeit geleistet werden solle. — Die Lehr-Parochie wartet davor, auf kommunistische Maßnahmen bei Demonstrationen hereinzuwachen oder sich von deren Einwirkung zu lassen. Gerade in neuerer Zeit versuchen die Moskauer in Mecklenburg die sozialdemokratischen Versammlungen zu sprengen. — Moritz-Wismar tritt u. a. für energische Hilfe der sozialdemokratischen Presse ein, die ihr in besonderem Maße von den Landarbeitern zuteil werden müsse. Der Rückgang der Presse resultiere in erster Linie von der Verelendung der Massen.

Dreger-Lübeck berührte die Frage der Neugliederung des Reiches. Schon beim Entwurf der Reichsverfassung habe man erkannt, daß die wirtschaftlichen Momente für die Zukunft eine größere Beachtung finden müßten als bisher. Leider habe sich herausgestellt, daß auch in unserer Partei große Partikularisten vorhanden seien. Heute sei es notwendig, neben der politischen Arbeit dem wirtschaftlichen Aufbau der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen. In der Verhältnissagitation hätten sich Mißstände gezeigt, die für das Parteileben ein Nachteil sein könnten. Deshalb müßte diese Frage zum Austrag kommen, damit unliebsame Erscheinungen von Genossen in Zukunft unterbleiben. Denn dadurch würden die Parteigenossen vermischt und die wichtigen Fragen gegenüber gleichgültig. Uebrigens würden die Wünsche zur Angliederung an Lübeck nicht von Lübeck, sondern von den Gebieten kommen, die angegliedert werden wollten. Das sei begreiflich, denn die wirtschaftliche Existenz einer sehr großen Zahl Einwohner der Angliederungsgebiete sei auf Lübeck zugeschnitten. Vom rein parteipolitischen Standpunkt aus müßten es die Lübecker Parteigenossen sogar ablehnen, sich rein ländliche Gebiete heranzuziehen. Denn die Hochburg der Sozialdemokratie liege in der Stadt, der agrarische Zuwachs könnte unter Umständen gefährlich wirken. Aber wir lassen uns von derartigen Gesichtspunkten nicht leiten, sondern stellen die wirtschaftlichen Notwendigkeiten für Lübeck in den Vordergrund. Die hochwichtigste gerade für die arbeitende Bevölkerung der Provinz Lübeck und des Landes Rügen die Angliederung an Lübeck ist, ergibt sich auch aus dem im Umkreis wirkenden Arbeitsnachweisgesetz, der Arbeitslosenversicherung, der Schlichtungsordnung. Diese sozialpolitisch wichtigen Gesetze können bei der arbeitenden Klasse in den Nachbargebieten Lübecks bedeutend mehr zur Auswirkung kommen, wenn der Anschluß vollzogen ist. Weiter sei noch auf die Gerichtsbehörden und das Schulwesen hingewiesen. Ein ganz bedeutender Teil der Kinder unserer Parteigenossen in den Nachbargebieten besucht die Lübecker Schulen. Gerade in dieser Beziehung ist es notwendig, daß etwas Einheitliches geschaffen wird. Aus all diesen Tatsachen ergibt sich, daß danach getrebt werden muß, wirtschaftlich zusammengehörendes zusammenzufassen, die Produktionsleistung auf das höchste zu steigern. Genosse Dreger legte zum Schluß seiner Ausführungen folgende Resolution vor:

Infolge des verlorenen Krieges ist aus der blühenden deutschen Wirtschaft eine zerrüttete und daniederliegende geworden. Das deutsche Volk ist durch die mehrjährige Politik der wilhelminischen Zeit eines der ärmsten der Welt geworden. Der Bezirksparteitag für beide Mecklenburg und Lübeck erklärt, daß zum baldigen Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens der Einheitsstaat die beste Grundlage bietet. Er stellt sich daher grundsätzlich auf den Boden des Einheitsstaates.

Die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens erfordert, solange der Einheitsstaat nicht geschaffen ist, die volle Anwendung der einzelnen Arbeitskräfte, um die Produktion auf allen Gebieten zu steigern. Der Bezirksparteitag erklärt ferner, daß es in erster Linie darauf ankommt, eine auf praktische und wirtschaftliche Erfahrung aufgebaute Organisation aller produktiven Kräfte zur Gesamtwirkung zu bringen.

Als dringende Voraussetzung hierfür erkennt der Bezirksparteitag an, daß die deutschen Einzelländer so gegliedert und zusammengefaßt werden, daß die größte wirtschaftliche Kraftentfaltung ermöglicht wird. Der Bezirksparteitag beschließt daher die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus 6 Genossen, die in Gemeinschaft mit dem Bezirksvorstand die Prüfung der Frage der Neugliederung der Länder, die für den Bezirk in Betracht kommen, vorzunehmen hat.

Mittelsweile war Genossin Tschack als Vertreterin des Parteivorstandes erschienen. Sie überbrachte die Grüße des Parteivorstandes und erhielt sofort das Wort zu ihrem Vortrag über: Die Frau im Volkstaat. Die Referentin behandelte eingangs ihrer Ausführungen die Frage des Frauenwahlrechts, dessen sofortige Gewährung im vollen Umfang zweifellos über die Nützlichkeit dieser Maßnahme bezweifellos habe. Diese Angelegenheit sei ungelöst. Hätten wir uns in normaler Entwicklung befinden, dann wäre das Zentrum rein regnerisch zu diesem Entschluß allein bewegen gekommen, um unsere Entwicklung zu hemmen. Es handle sich heute für uns darum, die Frauen für unsere Sache zu erziehen, sie psychologisch einzustellen. Es sei gar nicht notwendig, daß sich die Frau nun genau so politisch gebe wie der Mann. Man müsse sich der Hilfe der Frau als Mitarbeiterin für die Gewinnung weiterer Frauenrechte bedienen. Die Frauenbewegung müsse als besonderer Zweig unserer Gesamtbewegung gewertet werden, damit die Frauen zwar im Einverständnis mit der Parteileitung, aber in einzelnen Zirkeln das die Frau besonders Bewegende behandeln könne. Dadurch werde die Frau sehr für die Gesamtbewegung gemacht und diese im ganzen gefördert. Man solle bei der Wahl der Frau zu einem Parteimitte zwar auf die menschlichen Qualitäten achten, aber ihr vor allem mit Rat und Tat zur Seite stehen, ihre Fortschritte beachten und ihr Vertrauen entgegenbringen. Der Bildungsarbeit der Frau sei größte Aufmerksamkeit zu spenden. Kinderfürsorge, Wohlfahrtsvereine, das Bürgerrecht der Frau, Schulfragen und anderes seien anzuhaltende Disziplinfragen. Man kann so der Frau Bildungsarbeit aneignen und ihr die Trostlosigkeit nehmen, die dadurch hervorgerufen wird, daß man für die Frau nichts anderes übrig hat, als sie alle paar Jahre zur Stimmabgabe zu bewegen. Die Partei muß alles daransetzen, die einmal organisierten erfahren Frauen auch zu halten. Die Ziele und die in unserem Programm enthaltenen Entschlüsse muß dem Bewußtsein der Frau offenbar werden. Es muß der Frau klar gemacht werden, daß die Partei in hervorragendem Maße auch Gegenwartsarbeiten leistet, die zum Wohle der Frau ausschlagen. Wenn es gelingt, den Frauen klar zu machen, wie notwendig die Arbeit unserer Genossen in Gemeinde und Staat ist, dann gewinnen wir die Herzen der Frauen. Haben wir dieses, dann gewinnen wir auch den Verstand und regen sie zum Denken an. Wie die Männer sich heute für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen interessieren haben, so interessieren sich die Frauen jetzt für das ihr unmittelbar liegende: Kindererziehung, Kinderpflege, Wohnungslage usw. und damit erziehen wir die Frau zum Bewußtsein für das kollektive Wirtschaftsleben und unsere Stellungnahme zu diesem. Weiter, wo diese Grundzüge zur Geltung gekommen sind, hat sich die Frauenbewegung gebildet. Dem Antrag zur Arbeit muß man entgegenkommen. Das ist das Geheimnis des Zutrauens, das die Frau sehr wohl empfinden muß und das der Selbstbewußtsein der Frau materiell wie für ihr inneres Leben entgegenkommt. Die Sozialdemokratie muß der Frau klar machen, daß die ganze Parteiarbeit dem Gemeinwohl diene. Die Frau muß zur freudigen Mitarbeit für den Sozialismus gemacht werden, jedoch nicht zur Passivität erzogen zu werden. In allen Dingen werden Kräfte gebraucht, die hinhaltend und rügend zu den verschiedensten Kampfergebnissen für unsere Sache werden. — Nach diesem Vortrag wurde die Sitzung abends 1/2 Uhr verlegt.

Der zweite Verhandlungstag wurde durch eine Rede des Genossen Essling über die politische Lage eröffnet. Essling ging auf die Notwendigkeit des Tageskampfes ein, der in der Organisation des Kampfes gegen den Hunger besteht. Er erklärte die Ziele von dem nachstehenden Abend werden

sich bemerkbar. Aber trotzdem griffere die Gewinnsucht weiter, wie es sich gerade jetzt wieder auf dem Kartoffelmarkt zeige. Schwarz sei die Zukunft, die Arbeitslosigkeit mache sich drohend bemerkbar, da die Rohstoffbeschaffung infolge des Sinkens der Marktschwierigkeit werde und der Kapitalismus die Not für sich ausnütze. Reich und Gemeinden könnten nur noch unter Aufbietung des Allerletzten die Not mildern; auch sie lebten von der Hand in den Mund. Manche dringende Kulturarbeit müsse leider zurückgestellt werden. Die Sozialdemokratie habe langjährig darüber zu machen, damit aus der Mißstimmung des Volkes nicht ein zündender Funke erwachse. Darauf lauiere die Reaktion nur, um dem Volke die Faust zu zeigen. Auf keinen Fall aber darf mit den Kommunisten gemeinsame Sache gemacht werden. Den Wünschen der Agrarier nach Erhöhung des Umlagegetreidepreises für das erste Drittel dürfe man nicht willfahren, und auch die Landarbeiter sollten sich von den Agrariern nicht einsperren lassen. Sie würden sich sonst auf einen sehr gefährlichen Boden begeben. Das Umlagegetreide betrage nur den geringeren Teil der Ernte. Schließlich dürfe auch von der Landwirtschaft ein Opfer im Interesse der Allgemeinheit gefordert werden. Sollten sich aus den zunächstliegenden Fragen politische Konsequenzen ergeben, dann würden an die Arbeiterklasse große Anforderungen gestellt werden, die sie sich jederzeit bewußt sein müsse. Das Elend jetzt in vollem Maße zu beheben, sei keine Macht der Erde imstande. Gegenwärtiges Vertrauen der Parteigenossen sei eine Hauptbedingung für erfolgreiches Wirken unserer in Stadtverordnungen und Parlamenten sitzenden Vertreter. Genosse Essling streifte dann die außenpolitische, vom Weltimperialismus beherrschte Lage. Noch manches Jahr werde vergehen, ehe die Macht des Militarismus gebrochen werde. Trübsal sei aber die Auffassung, daß aus Verwilligungen der Entensländer eine Besserung unserer Verhältnisse erwachsen könnte. Diese vom chauvinistischen Interesse diktierten Ideen müßten aus den Köpfen auch mancher Parteigenossen heraus, ebenso die einseitig von den Rechtsparteien propagierte Behauptung, daß die Erfüllungspolitik einzig und allein schuld an dem Elend sei. Eine andere Politik wäre gar nicht möglich gewesen. Die Frage des Wuchers und der Wucherbefämpfung, der Devisenspekulation, der Arbeitszeit und anderes wurde vom Referenten in großen Zügen gestreift. Eifriger Aufmerksamkeit bedürften die Vorträge in Leipzig, wo sich jetzt die Deutschnationalen als feige Gesellschaft zeigten. Die Agitation für die Wahl des Reichspräsidenten müsse jetzt schon beginnen. Auf keinen Fall dürfe in irgend einer Weise der Gedanke der Laubst Witz greifen. Auch die schwersten Zeiten müßten wir meistern. Bereit sein in jeder Beziehung sei die Lösung, um das Volk aus diesen dunklen Tagen besseren zuzuführen.

In der Aussprache über diesen Vortrag und über die dem Parteitag vorliegenden Anträge verbandte sich u. a. Genosse Roth-Kreuzer für die Erhöhung des Getreideumlagepreises. Wollte der Landarbeiter mehr Lohn haben, und das müsse er, dann sei eine Preiserhöhung notwendig. Dem Landarbeiter gehe es vielfach recht traurig. — Genosse Wolff-Schwerin warnte die Landarbeiter davor, sich eines Pöbelgerichtes wegen an die Agrarier zu verkaufen. Die Agrarier seien nicht nur Befürworter des großen Völkermordens, sondern sie wollten auch unsere Gemeindefürsorge gegen sich und die Landarbeiter gegen die Partei aufbringen. Der Redner legt folgende Resolution vor:

Der Parteitag ersucht unsere Genossen in der Regierung und in der Reichstagsfraktion, unbedingt gegen jede Erhöhung des gesetzlich festgesetzten Getreidepreises für das erste Umlagequartal zu stimmen und im Sinne der Augsburger Eröffnungsrede des Genossen Müller-Franken zu erklären, event. die Konsequenzen ziehen zu wollen, wenn die bürgerlichen Parteien auf der dreifachen Verteuerung des Umlagepreises bestehen. Der Bezirksparteitag für beide Mecklenburg und Lübeck spricht seine freudige Genehmigung aus über die in Nürnberg erfolgte Wiedererrichtung der sozialdemokratischen Partei. Er bewahrt aber, daß die Fortsetzung der Agrarier auf Verteuerung des Weizes für das erste Umlagequartal nicht als absolut unerträglich und schließlich unberechtigt glatt zurückgewiesen worden ist.

Mollmann-Schwerin sprach gegen einen Antrag, der eine weitere Beitragserhöhung fordert, und verlangt, daß alle der Arbeiterjugend übergebenen Mitteln Eigentum der sozialdemokratischen Partei bleiben. Weiter tritt Mollmann für die Behandlung des Landtagsberichts auf dem Bezirksparteitag ein, da der Bericht den ganzen Bezirk angehe. Zum Vortrag Stellungen bemerkt der Redner, die Zwangswirtschaft werde von weitesten Volksteilen gemißachtet. Zu behaupten sei, daß sich die Regierung bis heute nicht durchsetzen vermocht habe. Heute regierten Stinnes und die Agrarier. Disziplin müsse in unserer Partei bis oben hin herrschen. Wenn die Fraktion einen Beschluß gegen die Erhöhung der Getreideumlage fasse, dann müßten sich auch unsere Mitglieder daran halten und dürften sich nicht der Stimme enthalten. Die Agrarier hätten bei der Festsetzung des heute geltenden Preises für Umlagegetreide schon ein gutes Geschäft gemacht. Notwendig für erfolgreiches Handeln sei aber auch, daß die Redakteure mit aller Macht die Fraktion unterstücken, ihr keine Schwierigkeiten machen oder unnötig deren Arbeit erschweren. Die Taktik der Landarbeiter, wie sie eine Konferenz über die Erhöhung des Umlagepreises befolgte, sei grundrührend, sie müße nur dem Landbund. Jeder gönne den Landarbeitern das Beste, aber Einmütigkeit müsse herrschen. Die bürgerlichen Parteien sind ihnen deswegen für die Getreidepreiserhöhung, weil sie glauben, daß die Landarbeiter hinter ihnen stehen. Die Gutsherren haben sich besser als jeder andere, denn sie haben sich die Sachwerte in vollem Maße gesichert. — Kassisi-Friedland behauptete ebenfalls die gute wirtschaftliche Lage der Agrarier, die nicht wüßten, wie sie das viele Pöbelgeld verwenden sollten. Die Landarbeiter müßten allerdings durch ein Gesetz, aber sie dürften gegenüber den Industriearbeitern keine Sonderrechte beanspruchen. Gemeinliche Not müsse gemeinsam gelöst werden. — Ein Schriftsatz wird angenommen. — Die Referenten setzen sich auf die vorbereiteten Bemerkungen ein. Genosse Essling fordert noch, daß die Landarbeiter auch bei erhöhtem Umlagepreis ihre großen Vorteile hätten, da dann die Preise für alle notwendige Artikel sofort im Preise steigen. — Auch Genosse Röderer-Kosch verbreitet sich über die Landarbeiterfrage, der die sozialdemokratische Partei jetzt jeder größte Beachtung geschenkt habe. Keine andere Partei habe sich jemals der Landarbeiter angenommen. Die Landarbeiter hätten ihre Rechte nicht den Agrariern, sondern der sozialdemokratischen Partei zu verdanken. Weiter sollte Genosse Kröger unter lebhaftem Beifall des Parteitagens mit, daß die Unabhängigen in Kottbus einstimmig beizutreten, zur SPD. überzutreten. — Dem Vorstand wurde hierauf Entlassung erteilt.

Bei den Abstimmungen über die vorliegenden Anträge wird teilweise des Parteivorstandes, den Arbeiterjugendvereinen, den Landarbeitern und den Frauenvereinen auf 6000 Mark zu erhöhen, resp. der Frauenbewegung mehr Beachtung zu spenden, angenommen. Ebenfalls angenommen wird der Antrag Müller-Franken, den Bezirksparteitag vor dem Reichsparteitag stattfinden zu lassen. Angenommen wird ferner die Resolution Lübeck auf Erhöhung eines Umlagepreises zur Prüfung der Angliederungsfrage. Von Lübeck werden dem Ausschusse die Genossen Brönne und Dreger an. Die Resolution des Genossen Wolff-Schwerin wird angenommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, der den Bezirksparteitag ersucht, wenn notwendig einen Extraparteitag in Höhe eines Stundenlohnes zu erheben.

Hiernach wird Genosse Mollmann den Bericht der Landtagsfraktion vor. Er behält dabei besonders auch die Punkte hervor, die die Genossen in Lübeck und Rügen sehr berühren. Das sei bei der Koalitionsfrage der Fall. Wenn man beim ersten Zusammenritt des Landtages keine Koalition mit den Demokraten eingegangen, dann hätten die Demokraten mit den Sozialisten und Deutschnationalen die Verbindung gemacht, die dann eine

andere Form erhalten hätte. Bedauerlich sei, daß sich die Hamburger und Lübecker Genossen so sehr gegen die Angliederung an die großen Staaten wendeten. Die Mecklenburger könnten im Landtage die Lübecker Intelligenz gut gebrauchen, auch die gute Parteiorganisation der Lübecker wäre im Kampfe gegen das Zentrum sehr von Vorteil. Die Landgemeinbezirkung habe gemeinliche Berührungspunkte. Wenn wir auch nicht jeden Tag die Kündigung der Koalition auf den Tisch legen könnten, so gebe es doch Punkte, wo sie spruchreif werde. In Mecklenburg-Schwerin sei eine solche Frage die gesetzliche Festlegung des 1. Mai als Feiertag. Die Deutschnationalen wollten diesen Feiertag wieder aufheben und die Demokraten verteilten sich sehr lau. Die Demokraten seien auch die schärfsten Verfechter des freien Eigentums an Grund und Boden, über den in Mecklenburg die Regierung in weiterem Maße als in jedem anderen Staate beschließen könne. Das seien Fragen, die die Genossen sowohl in Lübeck wie in Rügen berühren. Es sei deshalb falsch, wenn man die Beipredung der Landespolitik vom Parteitag ausschließen wolle. Die Richtlinien und Wege müßten einseitlich festgelegt werden. Der Redner streift dann die Behandlung der Steuer- und Arbeiterfragen, die Demokratisierung der Verwaltung, die erwirkt sei durch das Beamtengesetz, wonach noch lange nicht jeder Beamte ohne weiteres entlassen werden könne. Die sozialdemokratische Fraktion habe in erster Linie für den Abbau der Diktatur in ihrer heutigen Form gekämpft und dadurch für die Demokratisierung und Selbstverwaltung gewirkt. Auch die Frage des Landwirtschaftsrates sei für den gesamten Parteibezirk von hohem Interesse. Die Fraktion habe dieses Geleze eingekracht, um in die Saumlosigkeit des Reichswirtschaftsrates Beschlüsse zu schlagen. Schwere Kämpfe habe es mit den bürgerlichen gefehlet, das Berggeleze durchzusetzen und so den Weg zur Sozialisierung freizuhalten, während die bürgerlichen Parteien alles dem Privatkapital überlassen wollten. Den Arbeitern sind weitgehende Rechte erkämpft, wie sie kein anderer Staat aufzuweisen habe. Bedauerlich sei, daß die Kommunisten jetzt mit der Behauptung haufieren gehen, wir hätten die Arbeiter verraten. Und dabei hätte die SPD in Landtag unsere Anträge unterstützt und für sie gestimmt. Hervorzuheben sei noch, daß die Mitglieder der Landtagsfraktion trotz mitunter gegensätzlicher Meinung über grundsätzliche Fragen kameradschaftlich zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen. Sachliche Auffklärung in allen auftauchenden Fragen sei erste Bedingung, dann kämen wir auch vorwärts mit unserer Bewegung. Schimpfen allein tue es nicht. Unsere Genossen in der Regierung könnten nur etwas durchsetzen, wenn sie im Lande Kämpfer hinter sich haben, die nicht bloß mit dem Munde arbeiten. Wir müssen diesen Kampf durchsetzen, um Republik und Volksrechte zu wahren, damit das Land nicht zugrunde geht. Die kommunistische Bewegung würde in ihrer letzten Auswirkung zur Sozialistenbewegung ausarten wie in Italien, das heutige Volk zusammenbrechen und schließlich die Reaktion wieder triumphieren. Vor allem müsse sich die Reichsregierung Achtung verschaffen und rücksichtslos gegen die Feinde der Republik vorgehen.

In der Nachmittagsitzung erklärte Genosse Dreger-Lübeck, daß die Lübecker Parteigenossen sich stets für die mecklenburgische Landespolitik interessiert hätten. In der Angliederungsfrage würde man die wirtschaftliche Bedeutung kleiner Staaten wie Lübeck kennen, wenn man sie lang- und langsam in agrarische Staaten aufgliedern wolle. Lübeck habe gerade jetzt wichtige handelspolitische Aufgaben zu erledigen. Wie Hamburg die Angliederungsfrage erledige sei kein Ruhmesblatt. Notwendig sei, in die Steuerausgleichsleute mit starkem Maßstab zu entscheiden, da in den Finanzämtern Beamte sitzen, deren Tätigkeit nicht darauf eingestellt sei, das Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu wahren. Habe doch das Lübecker Finanzamt einen Unternehmer, der über zwei Autos verfüge, noch zu 20 000 Mark Einkommen empfangt. Vorherige Aufmerksamkeit sei den Vermögensverhältnissen städtischer und staatlicher Güter zuzuwenden. Nach reichsgerichtlicher Entscheidung sei es nunmehr möglich, auch hier eine Änderung herbeizuführen. — Weitz-Lübeck läßt sich über die vom Augsburger Parteitag im Prinzip angenommene gesetzliche Festlegung des 1. August und 9. November aus. Die Durchführung der Bestimmungen sei den Genossen in den Einzellandtagen überlassen. Die besonderen Verhältnisse seien aber zu berücksichtigen. — Reiland-Schwerin hält die Veränderungen im Beamtensystem für ziemlich schwierig. Man könne die Beamten nicht einfach wegschicken und an ihre Stelle Leute mit ungenügender Vorbildung setzen. Aber eine scharfe Kontrolle müsse einlehen. Es komme auf die Wachsamkeit der Vertreter in den Selbstverwaltungskörpern an, die die Handlungen der oberen Beamten beobachteten. Das Geleze zum Schutze der Republik biete bei richtiger Durchführung ebenfalls eine Handhabe für widerstrebende Beamte. — Grambow-Mittelnord macht auf die schwierige Lage der sozialistischen Gemeindevertreter aufmerksam, die durch juristische Maßnahmen in ihrem Handeln beeinträchtigt und oft auf die Straße gemorfen werden. — Moritz-Wismar wendet sich gegen die Koalitionspolitik mit der Volkspartei. — Ein Schlußantrag wird angenommen. — Genosse Mollmann-Schwerin tritt u. a. dafür ein, daß für uns vorerst der 1. Mai als Feiertag und Revolutionstag zu gelten habe, während der 9. November einseitlich durch Abschneiden begangen werden müsse. Die gesetzliche Festlegung sei Sache des Reiches. Recht sehr wandte sich Mollmann gegen die Neuierungen des Wismarer Delegierten zur Koalitionsfrage. Ein derartiger Antrag schwäche die sozialdemokratische Fraktion und stärke die Volkspartei. Uebrigens sei auch der Kartellbund nichts anderes als volksparteilich und viele dessen Mitglieder noch schlimmer als die Volksparteier selbst. Wenn wir überall unsere Abgeordneten zurückziehen, könnten wir auch keinen Druck mehr ausüben. Die Fraktion sei sich ihrer Tragweite schon bewußt. Eines sei gewiß, die Republik habe trotz aller Widerstände Gutes geschaffen, die staatlichen Betriebe hätten trotz der Behauptungen kapitalistischer Gegner ihr mögliches getan, insbesondere habe die Eisenbahnverwaltung eine kolossale Arbeit bewältigt. Im einzelnen ging der Redner auf die vorliegenden Anträge ein, wobei er u. a. besonders die Landarbeiter ermunterte, aus den eigenen Reihen die nötigen agitatorischen Kräfte heranzubringen. Je mehr sich die Landarbeiter rührten, desto besser würden ihre Interessen im Landtage vertreten. — Bei den Abstimmungen über die Anträge wird ein Antrag Mollmann angenommen, wonach die Haltung der Landtagsfraktion in der Koalitionsfrage gebilligt wird.

Der Bezirksvorstand wird wiedergewählt. Die Wahl des Ortes für den nächstjährigen Parteitag wird dem Bezirksvorstand überlassen. — Genosse Röderer dankte zum Schluß den Delegierten für ihre eifrige Mitarbeit und schloß den Parteitag mit einem dreifachen Hoch auf die vereinigte und internationale Sozialdemokratie.

Gewerkschaften.

Schiedspruch im Buchdruckereigewerbe. Leipzig, 10. Oktober. Nachdem am Freitag die Verhandlungen im Tarifsaal der deutschen Buchdrucker ergebnislos abgebrochen worden waren, ist am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht gefaßt worden. Durch diesen erhalten die Gehilfen in Städten mit höchstem Lokalzuschlag die ersten beiden Wochen eine wöchentliche Zulage von 1000 Mark und für die dritte und vierte Woche eine Erhöhung um wöchentlich 400 Mark. Der Schiedspruch ist von beiden Seiten angenommen worden. Für Lübeck beträgt die Zulage 900 Mk.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Deber; für Freiheit Lübeck und Reuillon Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verlag von Friedrich Meyer & Co., Familie in Lübeck.